

## Rumänien vor dem NATO-Beitritt

Gabanyi, Anneli Ute

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gabanyi, A. U. (2002). *Rumänien vor dem NATO-Beitritt*. (SWP-Studie, S 32). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-261832>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Anneli Ute Gabanyi*

# **Rumänien vor dem NATO-Beitritt**

S 32  
September 2002  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2002

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

## **Problemstellung und Empfehlungen 5**

### **Die zweite Osterweiterungsdebatte der NATO 7**

Von Madrid nach Prag 7

USA initiieren zweite Runde der Osterweiterung 8

Neue geopolitische Gewichtung Südosteuropas nach dem 11. September 10

Differenzierung durch Ratifizierung? 11

### **Die Beitrittspolitik Rumäniens 16**

Außenpolitik als De-facto-Alliiertes des Bündnisses 16

Die Reform der rumänischen Streitkräfte 17

*Zivil-militärische Beziehungen* 18

*Verteidigungsausgaben* 19

*Rüstungsproduktion und Rüstungsbeschaffung* 19

*Verteidigungsplanung* 20

Grad der Interoperabilität 22

Teilnahme an friedenserhaltenden Missionen 23

Der NATO-Beitritt im Spiegel der öffentlichen Meinung 24

Welche NATO für Rumänien? 24

Nichtmilitärische Sicherheitsrisiken 25

*Reformrückstand* 26

*Korruption* 26

*Vergangenheitsbewältigung* 27

*Informationsschutz* 29

### **Neue Sicherheitsrisiken durch Regatta-Lösung? 30**

Rumänien, Rußland und die NATO 30

Rumänien, die Republik Moldau und die NATO 31

Rumänien, Ungarn und die NATO 32

Rumänien, Bulgarien und die NATO 33

## **Schlußfolgerungen 34**

## **Abkürzungen 35**



### Rumänien vor dem NATO-Beitritt

Wenige Monate vor ihrem für November 2002 in Prag geplanten Gipfeltreffen wird erwartet, daß die NATO zum zweiten Mal nach dem Ende des Kalten Krieges eine Erweiterung des Bündnisses nach Osten beschließt. In der Folge der Terrorangriffe auf das World Trade Center am 11. September 2001 hat sich das Bündnis bereits auf eine Erweiterungslösung im Stil eines »big bang« festgelegt, die Aufnahme also von sieben Kandidatenstaaten: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. In Kreisen der Mitgliedsländer wurden allerdings Überlegungen angestellt, ob konkret nicht dennoch differenziert vorgegangen werden sollte. Das zur Diskussion gestellte »Regatta-Modell« sah vor, daß die Prozedur der Ratifizierung der NATO-Beitrittsverträge mit den im November einzuladenden sieben Staaten dazu genutzt werden soll, deren Beitritt entsprechend dem Stand ihrer Vorbereitungen zeitlich zu staffeln. Auf dem Treffen des Nordatlantikrates in Reykjavik im Mai 2002 konnten sich die Befürworter des Regatta-Modells nicht durchsetzen. In ihrer Entscheidung sprachen sich die Außenminister der 19 NATO-Staaten dafür aus, alle eingeladenen Staaten gleichzeitig beitreten zu lassen – und dies vor dem nächsten Gipfeltreffen des Bündnisses. Aber eine Gefahr besteht insofern noch, als einzelne NATO-Mitglieder das bilaterale Ratifizierungsverfahren bei einzelnen Kandidaten hinauszögern könnten.

In dieser Studie sollen die möglichen Auswirkungen einer solchen Politik am Beispiel Rumäniens, dem man neben Bulgarien vor dem Angriff auf das World Trade Center nur sehr geringe Beitrittschancen in Prag eingeräumt hatte, analysiert werden. Wenn die Erweiterung des westlichen Bündnisses dazu dienen soll, die Glaubwürdigkeit der Allianz zu betonen, die Sicherheit ihrer Mitglieder zu maximieren und in die beitriftswilligen Staaten und deren regionales Umfeld zu projizieren, wäre eine Politik nach dem Regatta-Modell aus drei Gründen sachlich nicht gerechtfertigt und politisch kontraproduktiv:

**Vorsprung bei der Erfüllung militärischer Beitrittskriterien:** Rumänien als einer der Kandidaten der zweiten Runde der NATO-Osterweiterung ist erheblich besser auf den Beitritt vorbereitet, als es die drei Kandidaten der ersten Runde waren. Auch ist die NATO durch das »Membership Action Plan«-Verfahren über

den aktuellen Vorbereitungsstand der Kandidaten der zweiten Runde weit besser informiert als im Falle der drei Erstrunden-Kandidaten. Rumäniens aktive Teilnahme an zahlreichen friedenserhaltenden Maßnahmen und – als einziger Kandidatenstaat – mit Kampfverbänden am Afghanistan-Einsatz »Enduring Freedom« kann als ein Indiz dafür gewertet werden, daß Bukarest »seine Hausaufgaben« bei der Streitkräfte-reform tatsächlich gemacht hat.

**De-facto-Alliiertes des Bündnisses:** Trotz des Schocks, den die Zurückweisung seines Beitrittsgesuchs auf dem Madrider NATO-Gipfel auslöste, erwies Rumänien sich in der Kosovo-Krise und nach den Anschlägen auf das World Trade Center unabhängig von der politischen Färbung der jeweiligen Bukarester Regierung als loyaler De-facto-Alliiertes des westlichen Bündnisses.

**Vermeidung politischer Risiken für regionale Stabilität:** Eine Beitrittsstrategie nach dem Muster der Differenzierung durch Ratifizierung würde zusätzliche Risiken für die interne Sicherheit Rumäniens, aber auch für die Stabilität in der Region schaffen. Machtvakuen könnten entstehen, die dem mit der Erweiterung angestrebten Sicherheitsgewinn der NATO nicht förderlich wären. Durch die gleichzeitige Mitgliedschaft aller Kandidaten könnten zudem Versuche Rußlands, aber auch einzelner NATO-Mitglieder – im Falle Rumäniens vor allem Ungarns – unterbunden werden, den Prozeß der Ratifizierung des Beitrittsabkommens zur Begleichung historischer Rechnungen zu nutzen. Auch Rivalitäten zwischen Beitrittskandidaten – im konkreten Falle zwischen Rumänien und Bulgarien – würde bei gleichzeitiger Erringung der Mitgliedschaft in der NATO dauerhaft der Boden entzogen.

Daher wird empfohlen, Rumänien und die anderen Anwärterstaaten ohne weitere taktische Verzögerungen in die NATO aufzunehmen. Im Falle Rumäniens könnten die zunehmend wahrgenommene geostrategische Bedeutung, die Leistungen der Streitkräfte-reform, das kooperative Krisenverhalten, die wachsende Interoperabilität und die hohe Akzeptanz des NATO-Beitritts in der Bevölkerung dazu beitragen, daß der durch die NATO-Mitgliedschaft zu erwartende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Stabilisierungseffekt rasch und nachhaltig zur Entfaltung kommt. Ein solcher Effekt würde sich auf die gesamte Region und darüber hinaus positiv auswirken.

## Die zweite Osterweiterungsdebatte der NATO

### Von Madrid nach Prag

Im Unterschied zu der engagiert und mit großem öffentlichem Interesse geführten Erweiterungsdebatte am Vorabend der Madrider Gipfelkonferenz 1997 findet eine solche Debatte vor dem Prager Gipfeltreffen praktisch nicht statt. Das Erweiterungsthema trat in zunehmendem Maße hinter Fragen nach Sinn und Ziel der NATO sowie dem künftigen Charakter der transatlantischen Beziehungen zurück. Nach dem 11. September stellte auch Rußland keine Belastung der Erweiterungsdiskussion mehr dar. Statt den Beitritt insbesondere der baltischen Staaten sowie Rumäniens zu blockieren, den es langfristig sowieso nicht verhindern konnte, gelang es Rußland, selbst eine privilegierte Beziehung mit dem westlichen Bündnis zu etablieren.<sup>1</sup>

Für die zweite Runde der NATO-Osterweiterung gelten die gleichen formalen Kriterien, an denen das Bündnis die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten der ersten Runde gemessen sehen wollte.<sup>2</sup> Unverändert gilt der Grundsatz, daß die Mitglieder der NATO wie 1997 auch 2002 eine politische Entscheidung darüber fällen wollen, ob ein Beitrittskandidat diesen Kriterien entspricht oder nicht. Damit wollte – und will man – verhindern, daß der Beitritt von den Bewerberländern unter Hinweis auf die Erfüllung vorgegebener Leistungskriterien eingefordert wird.

Anders als 1997 gab es praktisch keine Debatte über das Erweiterungsthema in den Mitgliedstaaten des Bündnisses. In der Bundesrepublik sprach die Opposition sogar von einer »Tabuisierung des Themas«, das der Bundesregierung durch die Warschauer Rede des

amerikanischen Präsidenten Bush vom Juni 2001 »quasi aufgezwungen« worden sei.<sup>3</sup>

Verändert haben sich im Vergleich zu 1997 die Themen und ihre Gewichtung in der Erweiterungsdiskussion.<sup>4</sup> Die Problematik der wirtschaftlichen Entwicklung in den Beitrittsländern und im Zusammenhang damit die vor dem Madrider Gipfeltreffen so heftig umstrittene Frage der Höhe der Beitrittskosten entpuppte sich bereits unmittelbar nach diesem Treffen als künstlich hochgespieltes Scheinargument gegen eine mehr als drei neue Mitglieder umfassende Erweiterung und spielt in der gegenwärtigen Debatte kaum noch eine Rolle. Hingegen haben nach dem 11. September geostrategische Erwägungen stark an Bedeutung gewonnen, die insbesondere bei der NATO-Führungsmacht USA eine Aufwertung Rumäniens und Bulgariens zur Folge hatten.

Anders als 1997 – damals gaben nicht der Stand der militärischen und planerischen Fähigkeiten der drei Beitrittskandidaten und die Akzeptanz des Beitritts in der jeweiligen Bevölkerung den Ausschlag, sondern bündnispolitische Erwägungen – spielen »capabilities« und »commitment« bei den Kandidaten der zweiten Erweiterungsrunde eine wichtigere Rolle. Und das nicht ohne Grund. Vor dem Madrider NATO-Gipfel wurden Ausrüstung, Reform und Ausbildung der Streitkräfte in den drei neuen Mitgliedstaaten aus politischen Erwägungen pauschal überbewertet. Auch die Tatsache, daß mit Ausnahme Polens knapp die Hälfte der Bevölkerung in Ungarn und der Tschechischen Republik bei Umfragen einem NATO-Beitritt ihres Landes negativ gegenüberstand und die Streitkräfte in den betreffenden Staaten ein geringes Ansehen genossen, spielte keine entscheidende Rolle. »Die jetzt aufkommende Bestürzung ist auch darauf zurückzuführen, daß kritische Analysen so lange keine nennenswerte Resonanz hervorriefen, bis die Aufnahme beschlossene Sache war und die NATO-Staaten die Beitrittsprotokolle ratifiziert hatten«, resümierten die Autoren einer detaillierten Studie über

<sup>1</sup> Nach Meinung von Experten hatte die russische Führung bereits 1996 erkannt, daß von der NATO-Erweiterung keine Gefahr für Rußland ausgehe. Sie hatte ihre Strategie der Wiedergewinnung der Moskauer Einflußsphäre in Mittel- und Osteuropa jedoch verteidigt. Siehe hierzu die Studie von Lars B. Wallin, NATO Enlargement in the Baltic Sea Area – Possible Consequences for Sweden, Stockholm: The TESLA Group, Swedish Defence Research Agency, 4.6.2002, S. 11.

<sup>2</sup> Siehe hierzu ausführlich: Peter Schmidt, Die nächste Runde der NATO-Erweiterung. Ziele, Kandidaten, Bedingungen, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2001 (S 31/01).

<sup>3</sup> Eckart Lohse, In Erwartung einer großen Runde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.5.2002.

<sup>4</sup> James M. Goldgeier, Not When but Who, in: NATO Review, 50 (2002) 1.



den Zustand der polnischen Armee nach dem Beitritt.<sup>5</sup> Es ist schon bemerkenswert, daß gerade Vertreter der neuen Mitgliedstaaten wie der ungarische Außenminister Laszlo Kovacs den Hinweis auf den mangelhaften Vorbereitungsstand und die ungenügenden Leistungen ihres eigenen Landes vor und nach dem NATO-Beitritt als Argument nutzen, um für eine besonders strenge Auswahl der Kandidaten der nun anstehenden Erweiterungsrunde zu plädieren.<sup>6</sup> »We have not modernized the military [...] we have not continued its quality transformation, have not made procurement and economics transparent, and have not fulfilled our commitments«, betonte der zwischen 1995 und 2000 amtierende ungarische NATO-Botschafter András Simonyi in einem Interview.<sup>7</sup>

Auch die Interessenlage der Mitgliedstaaten ist eine andere als vor der ersten Erweiterungsrunde. Recht bald nach dem Washingtoner Gipfeltreffen war ein Konsens darüber erkennbar, daß es eine Nulloption 2002 nicht geben werde. Um glaubwürdig und attraktiv zu bleiben, will und muß das Bündnis zu seiner in Artikel 10 des Bündnisvertrags festgelegten und seither öffentlich proklamierten »open-door«-Politik stehen. Darüber hinaus wurde es im Laufe der Zeit immer schwieriger, Regierung und Bevölkerung der Kandidatenstaaten zu erklären, weshalb NATO-konformes Verhalten in Krisensituationen und aufwendige Integrationsbemühungen keinerlei Einfluß auf die Nominierung der künftigen Mitgliedstaaten haben sollten. Last but not least sah sich die NATO in zunehmendem Maße in Konkurrenz zur EU, deren Erweiterungsprozeß schneller voranschritt.<sup>8</sup>

Hinsichtlich der Auswahl der Beitrittskandidaten stellt sich die Lage jedoch wesentlich anders dar als vor der ersten Erweiterungsrunde. 1997 in Madrid

<sup>5</sup> Christoph Ulrich *Vogel*/Jan Wiktor *Tkaczynski*, Polen in der NATO. Anspruch und Wirklichkeit, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (Wien), 37 (November/Dezember 1999) 6, S. 703–708.

<sup>6</sup> Vgl. Bogdan *Chirieac*, Dl. Kovacs, un vecin neliniştit [Herr Kovacs, ein unruhiger Nachbar], in: *Adevărul* (Bukarest), 27.7.2002.

<sup>7</sup> Zitiert in: Neil *Barnett*, Between the First and Second Wave, in: 2002 Transitions Online (Prag), 14.6.2002. Siehe auch: Jiri *Kominek*, NATO Gives a Poor Rating to Czech Armed Forces, in: *Jane's Defence Weekly*, 37 (23.1.2002) 4, S. 12.

<sup>8</sup> »Wenn die EU im Jahre 2004 zehn neue Mitglieder aufnimmt, dann muß die NATO 2002 in Prag sieben Staaten aufnehmen«, erklärte der Vorsitzende der US-Kommission für die NATO, Bruce Jackson. Siehe: Constantin *Corneanu*, Speranţele rămân intacte [Die Hoffnungen bleiben intakt], in: *Observatorul Militar* (Bukarest), (2002) 9, S. 3, <<http://www.presamil.ro/OM/2002/09/§3.htm>>.

votierten die USA für eine Aufnahme von nur drei Staaten (Polen, die Tschechische Republik und Ungarn), im Sinne einer Initiative, die ursprünglich von der deutschen Bundesregierung ausgegangen und die von Frankreichs Einsatz zugunsten Rumäniens und Sloweniens zu keinem Zeitpunkt wirklich gefährdet war.<sup>9</sup> Mit Blick auf die zweite Runde der Osterweiterung wurden sehr unterschiedliche Modelle diskutiert. Die Szenarien reichten von der Aufnahme eines einzigen Landes (Slowenien), zweier Staaten (Slowenien und der Slowakei) bis hin zu fünf Staaten (Slowenien, die Slowakei und die drei baltischen Staaten). Ein Beitritt Bulgariens und vor allem Rumäniens, noch auf dem Madrider Gipfel zusammen mit Slowenien als aussichtsreichster Kandidat für eine zweite Erweiterungsrunde gehandelt, stand lange Zeit nicht mehr zur Debatte.

## USA initiieren zweite Runde der Osterweiterung

Anders als im Falle der ersten Erweiterungsrunde ging der Anstoß für eine zweite Runde diesmal von der US-Administration aus. Im Januar 2001 setzte der neue US-Präsident, George W. Bush, das Thema NATO-Erweiterung auf die Tagesordnung des Bündnisses. Die großen europäischen Bündnispartner versicherten den USA lediglich inoffiziell, daß sie sich einer diesbezüglichen Initiative Washingtons nicht entgegenstellen würden.<sup>10</sup> Eine Vorentscheidung fiel auf dem ersten Treffen Bushs mit den Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten in Brüssel am 13. Juni 2001. Sie lautete: In Prag werde es keine Nullrunde geben. Bush legte die Alliierten auf eine prinzipielle und großzügige Erweiterungsoption fest. Die NATO solle »not calculate how little we can get away with, but how much we can do to advance the cause of freedom«. <sup>11</sup> Wie viele und vor allem welche Kandi-

<sup>9</sup> Siehe hierzu: Anneli Ute *Gabanyi*, Rumäniens Beitrittsstrategie zur NATO. Scheitern oder Chance?, in: *Osteuropa*, 47 (1997) 9, S. 885–897; *dies.*, Rumänien und die NATO, in: Karl G. *Kick*/Stefan *Weingarz*/Ulrich *Bartosch* (Hg.), Wandel durch Beständigkeit. Studien zur deutschen und internationalen Politik. Jens Hacker zum 65. Geburtstag, Berlin 1998 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 102), S. 261–286.

<sup>10</sup> Frederick *Kempe*, Like It or Not, NATO's Expansion Debate Is Back, in: *The Wall Street Journal*, 21.2.2001.

<sup>11</sup> Zitiert nach Marc *Grossman*, Under Secretary for Political Affairs, in seinem Bericht vor dem Militärausschuß des Senats, 28.2.2001, in: <<http://www.state.gov/p/8568.htm>>.

daten zum Beitritt eingeladen würden, blieb auf diesem informellen NATO-Gipfel offen.<sup>12</sup>

Viel deutlicher äußerte sich der Präsident wenige Tage später in Warschau in einer programmatischen Rede, in der er sich für eine Erweiterung der NATO »um alle europäischen Demokratien vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer« einsetzte. Seine wichtigste Botschaft: Mit der Aufnahme auch der letzten aller ehemals kommunistischen europäischen Staaten soll das tatsächliche »Ende der Geschichte« des Kalten Krieges vollzogen, sollen die in Jalta beschlossenen widernatürlichen und falschen Trennlinien ausradiert werden. Die NATO als jene europäische Institution, die den Kalten Krieg beendet habe, solle Europas Einheit in Freiheit »vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer« vollenden.<sup>13</sup> In Äußerungen wie diesen wird natürlich die Absicht der Vereinigten Staaten erkennbar, ihren Einfluß in diesem erweiterten Europa zu stärken. Je weniger sie die militärische Unterstützung ihrer NATO-Verbündeten und der Partnerstaaten benötigen, um so schwerer wiegt deren politische Unterstützung für das amerikanische Vorgehen überall in der Welt.<sup>14</sup>

Anders die wichtigen europäischen Verbündeten der USA. Beobachter wie Lothar Rühl<sup>15</sup> gingen davon aus, daß neben den USA vor allem Deutschland und Frankreich eine Rolle spielen würden. Großbritannien, so seine Einschätzung, würde sich im entscheidenden Augenblick wohl auf die Seite der USA schlagen.

Die Bundesrepublik Deutschland, aufgrund ihrer nationalen Sicherheitsinteressen die eigentliche Lokomotive der ersten Erweiterungsrunde, hatte mit der Aufnahme Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns ihr strategisches Ziel erreicht und vermied es – nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Belange Rußlands – längere Zeit, Stellung zu beziehen. Bei den im Bundestag vertretenen politischen Parteien gab es unterschiedliche Auffassungen. Als erste Partei hatte die FDP zu einem frühen Zeitpunkt für einen großen zweiten Osterweiterungsschritt der NATO (unter Aus-

lassung Bulgariens) plädiert. Der außenpolitische Sprecher der Partei, Ulrich Irmer, betonte, »die Beitrittswünsche anderer mittel- und osteuropäischer Reformländer wie Slowenien, Rumänien, die Baltischen Staaten, aber auch die Slowakei sind nicht minder legitim als die der neuen Partner.«<sup>16</sup> Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion plädierte im Januar 2002 für eine NATO-Aufnahme der baltischen Staaten, Sloweniens, der Slowakei, Bulgariens und »nach Möglichkeit auch Rumäniens«. Nicht näher bezeichnete Vorbehalte gegenüber einer Einladung an Rumänien hatte bereits ein Jahr früher der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle geäußert.<sup>17</sup> Der Antrag der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, der schließlich am 23. April 2002 im Bundestag eingebracht wurde, empfahl der Bundesregierung, einen Konsens für eine möglichst große NATO-Erweiterungsrunde zu suchen, vermied jedoch eine Festlegung auf bestimmte Staaten. In der Praxis wurde Rumänien in zunehmendem Maße deutsche Unterstützung zuteil: Neben dem seit einigen Jahren im rumänischen Verteidigungsministerium beratend tätigen deutschen Offizier stellte die Bundesregierung vor kurzem auch dem rumänischen Außenminister einen hochrangigen deutschen Diplomaten als NATO-Berater zur Seite.

Für Frankreich, in der Madrid-Debatte von 1997 noch an der Spitze einer südeuropäischen Staaten-Gruppe der entschiedenste Verfechter einer Aufnahme Rumäniens und Sloweniens in die NATO, hatte ein NATO-Beitritt Rumäniens nun keine Priorität mehr. Der Grund: Im Vorfeld von Madrid hatte Frankreich die Erweiterungsdebatte dazu benutzt, seinem Drängen nach Ausweitung der NATO-Militärstrukturen im südlichen Europa und der damit verbundenen Forderung nach einer »Europäisierung« des von den USA beanspruchten Vorrangs in dieser Region Nachdruck zu verleihen. Nachdem Frankreichs Rückkehr in die militärischen Strukturen der NATO nicht mehr zur Debatte stand, war von seinem Interesse an einem NATO-Beitritt der südeuropäischen Kandidaten im allgemeinen und Rumäniens im besonderen nicht mehr viel zu spüren. So erklärte der damalige Premierminister Lionel Jospin während eines Bukarestbesuchs im Februar 2002, Rumänien könne sich zwar auf Frankreich verlassen, habe aber letztlich keinen besse-

<sup>12</sup> Grünes Licht für die neuen NATO-Mitglieder, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.6.2001.

<sup>13</sup> Die deutsche Version der Rede wurde veröffentlicht in: Internationale Politik, 57 (2002) 4, S. 81–85.

<sup>14</sup> »An enlarged NATO«, so der Botschafter eines nicht näher bezeichneten Mitgliedslandes, »will prove more useful to the US's new approach.« (Zit. von Judy Dempsey, An Alliance in Search of a Role, in: The Financial Times, 10.4.2002.)

<sup>15</sup> Siehe Lothar Rühl, Pragmatische Osterweiterung der NATO? Interessendivergenzen zwischen den wichtigsten Hauptverbündeten, in: Neue Zürcher Zeitung, 4.9.2001.

<sup>16</sup> Pressemitteilung vom 11.3.1999, <<http://develop.liberal.de/portal/?presse=1&id=25860&org>>.

<sup>17</sup> Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8100, 29.1.2002.

ren Anwalt als sich selbst.<sup>18</sup> Zur Zeit gehört neben Griechenland und der Türkei vor allem Italien zu den energischen Befürwortern eines NATO-Beitritts Rumäniens und Bulgariens.

Die drei neuen NATO-Mitglieder Polen, Tschechien und Ungarn verpflichteten sich auf dem NATO-Gipfeltreffen in Washington 1999 zwar, den Kandidatenländern Hilfe bei ihrem Bemühen um Aufnahme in die NATO zu leisten. Sie setzten sich aber zunächst vorwiegend für eine Aufnahme der baltischen Staaten sowie der Slowakei und Sloweniens ein, und erst in jüngster Zeit auch für jene Bulgariens und Rumäniens.

### **Neue geopolitische Gewichtung Südosteuropas nach dem 11. September**

Unter dem Eindruck der Anschläge auf das World Trade Center kam es bei der NATO zu einer Neubewertung der geopolitischen und geostrategischen Bedeutung nicht nur Südeuropas, sondern auch Südosteuropas. Zwar hatte die Südflanke der NATO bereits in den 1990er Jahren aus der Sicht des Bündnisses an Bedeutung gewonnen, die Region wurde aber vorwiegend unter dem Aspekt ihres »Potentials an Krisen und Konflikten« wahrgenommen. Man wollte die Region zwar pazifizieren, aber nicht integrieren. Bereits vor dem Washingtoner NATO-Gipfel von 1999 hatte sich im Bündnis die Einsicht verfestigt, daß – so General Klaus Reinhardt, damals Befehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte Europa-Mitte – »der zentrale Schwerpunkt des Bündnisses in den Südbereich (Mittelmeer, Balkan, Nahost, Nordafrika) verlegt werden müsse«. Zugleich betonte Reinhardt aber, eine Aufnahme Rumäniens in die NATO – von Bulgarien war damals noch gar nicht die Rede – stehe in absehbarer Zeit nicht zur Debatte.<sup>19</sup> Die Konsolidierung der Südflanke der NATO durch die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens wurde erst nach dem 11. September ins Auge gefaßt: »Dazu gehört auch, bei der nächsten Runde der NATO-Erweiterung für die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens zu plädieren, um so eine

Landbrücke der NATO zur Türkei und zu den möglichen Fronten im Nahen Osten herzustellen.«<sup>20</sup>

Die geographischen Konstanten Rumäniens – größte Ausdehnung und Bevölkerung aller Kandidatenstaaten, Lage im Schnittpunkt wichtiger europäischer Verkehrswege sowie der transkontinentalen Erdöl- und Erdgas-Transportsysteme, Kontrolle des Unterlaufs der Donau und eines Teils (250 km) der Schwarzmeerküste, Ressourcenreichtum – wurden erst nach dem 11. September von den NATO-Staaten unter dem Aspekt ihrer strategischen Bedeutung für das Bündnis wahrgenommen und für sicherheitsrelevant befunden. Worin besteht nun, aus der Sicht des Bündnisses, der geopolitische Bedeutungszuwachs Rumäniens für die NATO?

### **Ausgangspunkt für militärische Operationen im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus.**

Angesichts der Bereitschaft der Türkei, mehr Verantwortung in Afghanistan, möglicherweise künftig auch im Irak zu übernehmen, könnte die Bedeutung der beiden Schwarzmeeranrainer Rumänien und Bulgarien im Kontext von Aktionen zur Entlastung und Unterstützung des NATO-Partners am Bosphorus noch wachsen: »Romania and Bulgaria have unexpectedly been catapulted into serious consideration for membership in NATO because of the post-September 11 strategic importance of the Black Sea, which could provide a military platform for any widening of the U.S. war against terrorism.«<sup>21</sup>

**Verstärkung der vorgeschobenen Position der NATO bzw. der USA mit Blick auf den kaspischen sowie den südostasiatischen (Wirtschafts-)Raum.** Die Schwarzmeerregion ist seit dem Angriff auf das World Trade Center zum Dreh- und Angelpunkt aller Bündnisstrategien mit Blick auf die rohstoffreichen Regionen im Kaukasus, im Mittleren und Fernen Osten avanciert. »Once it secures the Black Sea's western rim – and cements the link with the southern, Turkish rim – NATO will be better positioned to reach out to Georgia and Azerbeidjan and uphold a common set of interests centered on regional security and international economics. The continuum, stretching from the Balkans to the eastern Caspian shore, also links NATO Europe with the U.S.-led forces stationed in Central

<sup>18</sup> Trans-Atlantic Forum Report, Transatlantic Parliamentary Forum, Washington, 3.–4.12.2001, <<http://nato.pa.int/publications/special/av013gen-tac.html>>, und: Robert Graham, France's Odd Couple, in: The Financial Times, 19.3.2002.

<sup>19</sup> Die neue NATO – ein deutscher General nennt die Risiken, in: Hamburger Abendblatt, 13.2.1999.

<sup>20</sup> Der Einschätzungswandel ist abzulesen an zwei Aufsätzen von Admiral a.D. Ulrich Weisser, NATO-Erweiterung – wohin?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.1.2001, und ders., Das Bündnis richtet sich neu aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.4.2002.

<sup>21</sup> Peter Finn, Black Sea: New Focus of NATO Expansion, in: International Herald Tribune, 26.3.2002.

Asia, and might also serve to do so with forces that would deploy for action in Iraq.«<sup>22</sup>

#### **Regionale Stabilisierungsfunktion in Südosteuropa.**

»Today, many potential candidates are discussed in geostrategic terms with Article 5 obligations in mind, for example: Slovakia and Slovenia, which provide a land bridge to the NATO island of Hungary, and Romania and Bulgaria, which ›contain‹ Serbia and ›stabilize‹ Macedonia while linking Hungary to Greece (and Turkey).«<sup>23</sup> Dank beispielhafter Regelungen in der eigenen Minderheitenpolitik (durch die Verfassung garantierte Vertretung aller nationalen Minderheiten im Abgeordnetenhaus) und gutes Management der interethnischen Beziehungen auf seinem Territorium (Einbindung der ungarischen Minderheit in die Regierungsarbeit seit 1996, Strategie zur Verbesserung der Lage der Roma) trägt Rumänien zur Entschärfung des Konfliktpotentials in den Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten bei.

#### **Möglicher Stabilitätsexport in Richtung Ukraine.**

»On the Black Sea's northern rim, Ukraine also provides a crucial air corridor between Europe and the Asian theater of anti-terror operations. Romania's and Slovakia's accession to the alliance would substantially extend Ukraine's common borders with NATO.«<sup>24</sup>

#### **Eventuelle Verteidigungsposition des Bündnisses.**

Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur NATO, so der ehemalige Direktor für Südosteuropa im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Mark Brezinski, und Tom Walls, Mitarbeiter des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, »would also form a bulwark against the Black Sea region, serving NATO's traditional strategic interests and the pressing security needs of the alliance.«<sup>25</sup> Was von den beiden amerikanischen Autoren mit dem Begriff des »Bollwerks« angedeutet wird, macht die Zeitung ›La Stampa‹ deutlich: Diese Strategie ist »mit einem Auge auch auf Rußland gerichtet«.<sup>26</sup>

## **Differenzierung durch Ratifizierung?**

Im Vorfeld der Herbsttagung der NATO-Außenminister am 8. Dezember 2001 verdichteten sich die Anzeichen dafür, daß auch die übrigen Bündnispartner auf die von den USA favorisierte »robuste« Erweiterung nach Ost- und Südosteuropa einschwenken würden.<sup>27</sup> Es wäre jedoch falsch, wollte man aus der Vorentscheidung für sieben neue Mitglieder darauf schließen, daß damit alle bündnisinternen Erwägungen alternativer Strategien vom Tisch gefegt worden wären. Gesucht wurde eine Lösung, die es ermöglichte, die Glaubwürdigkeit des in der Gründungsakte der NATO festgelegten Prinzips der »offenen Tür« hochzuhalten, ohne die Funktionsfähigkeit des Bündnisses zu gefährden. Sie sollte weder das Recht der NATO-Staaten einschränken, in der Frage neuer Mitglieder politisch motivierte Entscheidungen zu treffen, noch ihre Möglichkeiten der Einflußnahme auf den Reformprozeß der Beitrittskandidaten beschneiden, sobald diese der NATO beigetreten wären.

Eine Formel für diese Quadratur des Kreises glaubte man mit der Einführung der »Regatta«, einer gestaffelten Aufnahme in die NATO »nach dem Vorbild des EU-Erweiterungsmodus«<sup>28</sup> gefunden zu haben. Einen solchen Vorschlag hatte Jeffrey Simon bereits vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 2000 in einer Analyse über Perspektiven des NATO-Erweiterungsprozesses der künftigen Administration geäußert. Demnach sollte neben der Auswahl der Beitrittskandidaten zugleich auch über eine Probezeit entschieden werden, nach deren Ablauf bei Erfüllung technischer Kriterien der Beitritt stehen würde.<sup>29</sup> Auch unter der neuen Administration von Präsident George W. Bush wurde in dieser Richtung weitergedacht. Im April 2001 meinte der amerikanische NATO-Botschafter Alexander Vershbow: »We might opt for inviting a large number of new members but stretch out their accession over time, fast-tracking those doing better in a regatta-like process.«<sup>30</sup>

22 Vladimir Socor, Two NATO Aspirants Assume Strategic Roles, in: The Wall Street Journal, 23.8.2002.

23 Jeffrey Simon, The Next Round of NATO Enlargement, in: Strategic Forum, (Oktober 2000) 176, S. 2.

24 Vladimir Socor, Two NATO Aspirants Assume Strategic Roles, in: The Wall Street Journal, 23.8.2002.

25 Mark Brezinski/Tom Walls, NATO's Southern Dimension, in: The Financial Times, 26.3.2002.

26 »Con un occhio anche alla Russia«. (La coda per l'allargamento. La NATO nelle terre sovietiche, in: La Stampa, 27.3.2002).

27 R. Nicholas Burns, NATO Is Vital for the Challenges of the New Century, in: International Herald Tribune, 10.–11.11.2001. Siehe auch: Horst Bacia, Die Runde der Zwanzig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.11.2001.

28 Philip Gordon/James Steinberg, NATO Enlargement: Moving Forward, in: Brookings Policy Brief, (Dezember 2001) 90, S. 5.

29 Jeffrey Simon, The Next Round of NATO Enlargement, in: Strategic Forum, (Oktober 2000) 176, S. 4.

30 James Morrison, Embassy Row, in: The Washington Times, 18.4.2001.

Nach dem 11. September verdichteten sich die Hinweise darauf, daß das Regatta-Modell eine wachsende Anziehungskraft auf jene politischen Akteure ausübte, die in ihm möglicherweise das einzige Vehikel sahen, auf die »big bang«-Entscheidung Einfluß zu nehmen und sie nachträglich zu korrigieren. Einem Pressebericht zufolge drängte vor allem Großbritannien darauf, das Konzept umzusetzen: »The new idea is to issue invitations to all seven countries to start membership negotiations and to admit them by stages after they have fulfilled stringent requirements.« Der »britische Plan« sollte, so der Bericht, auf der Münchner Wehrkundetagung Anfang Februar 2002 diskutiert und danach auf dem NATO-Außenministertreffen in Reykjavik abgesegnet werden. Zwar fiel die Diskussion in München wegen des Nichterscheinens wichtiger amerikanischer Politiker aus, der Autor des Berichts zeigte sich jedoch überzeugt davon, daß: »nevertheless, the outcome is already clear: seven new members, staggered over a period of a few years.«<sup>31</sup> Wesley K. Clark, der Alliierte Kommandeur in Europa während der Kosovo-Krise, äußerte sich ähnlich: »Some applicant nations are ready now, others need additional time. But we should select them all now, stagger their admission dates and move ahead.«<sup>32</sup>

Noch am Vorabend des Außenministertreffens brachte die International Herald Tribune erneut die Idee einer zwei- bis dreijährigen Probezeit für eingeladene Staaten ins Spiel, die bei Bedarf auch bis zum Erlangen der Mitgliedschaft verlängert werden könnte.<sup>33</sup> Bogdan Chiriac, der Sicherheitsexperte der rumänischen Tageszeitung »Adevărul«, will erfahren haben, daß sich insbesondere das NATO-Mitglied Tschechische Republik im Zusammenwirken mit den drei baltischen Kandidatenstaaten für das Regatta-Prinzip eingesetzt habe – allerdings ohne Erfolg.<sup>34</sup> Mehrere Beitrittskandidaten und insbesondere Rumänien und Bulgarien zeigten sich vor dem Gipfeltreffen von Reykjavik besorgt über die Möglichkeit, durch Einführung eines neuen Differenzierungsverfahrens

auch bei der NATO-Integration auf ein Nebengleis geschoben zu werden. Sie befürchteten, daß eine solche Strategie die »Vertagung der Mitgliedschaftsfrage auf den Sankt-Nimmerleinstag zur Folge haben würde.«<sup>35</sup> Auch für die NATO-19 wäre eine solche Politik nicht ideal, würde sie doch, so der Sicherheitsexperte Karl-Heinz Kamp weiter, »genau zu dem Zustand führen, den das Bündnis stets zu vermeiden suchte«: daß nämlich künftige Bewerber aufgrund der formalen Erfüllung der Beitrittskriterien auf Aufnahme pochen könnten. Damit würde sich die NATO selbst »die Möglichkeit der politischen Entscheidung nehmen – ein Verfahren, das für die Konsensfindung unter (19) gleichberechtigten Partnern unverzichtbar ist.«<sup>36</sup>

Aus rumänischer Sicht sei die Regatta-Lösung im Falle des anstehenden zweiten Erweiterungsschubs der NATO weit weniger gerechtfertigt als im Falle der ersten Runde, wo es mit den drei neuen Mitgliedern keinerlei Schwierigkeiten bei der Ratifizierung ihrer NATO-Verträge gegeben habe. Die »capabilities« der aktuellen Kandidaten lägen offen zutage, ihr »commitment« hätten sie im Kosovo und nach dem 11. September unter Beweis gestellt: Während die NATO vor dem Madrider Gipfeltreffen die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Perspektiven und Potentiale der damaligen Kandidaten bestenfalls grob abschätzen konnte, stütze sich die Evaluierung der aktuellen Beitrittskandidaten dank der Membership Action Plans und der Nationalen Jahresprogramme zur Integrationsvorbereitung nun auf konkret quantifizierbare und somit vergleichbare Parameter. Hätten sie nicht bereits einen Teil des Weges in Richtung Streitkräfte-reform und Integration zurückgelegt, wären sie zu Einsätzen an der Seite des Bündnisses technisch nicht in der Lage gewesen. Hätte Rumänien, so Außenminister Geoană, seine »Hausaufgaben« nicht gemacht, wäre es nicht fähig, seinen konkreten militärischen Beitrag auf dem Balkan oder in Afghanistan zu leisten.<sup>37</sup>

Der Gedanke ist schwer nachzuvollziehen, daß Rumänien, dessen NATO-Beitritt – anders als in den Ländern der meisten anderen Kandidaten der laufenden Erweiterungsrunde, Bulgarien eingeschlossen – über einen so langen Zeitraum und so konstant von

31 Damp Squib in Munich, in: Foreign Report (London), 7.2.2002.

32 Wesley K. Clark, Remember NATO? It's the Alliance the U.S. Needs, in: International Herald Tribune, 2.2.2002.

33 Zitiert von Romulus Căpălescu, Șansele României – mai mari decât oricând [Die Chancen Rumâniens – größer als jemals zuvor], in: Adevărul, 14.5.2002.

34 Bogdan Chiriac, La Reykjavik, extinderea NATO a intrat în linie dreaptă [In Reykjavik ist die NATO-Erweiterung auf der Zielgeraden angelangt], in: Adevărul, 15.5.2002.

35 Karl-Heinz Kamp, Die Fortsetzung der NATO-Osterweiterung: Politische Stabilitätsförderung zulasten militärischer Handlungsfähigkeit?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2002) B24, S. 35.

36 Ebd., S. 36.

37 Zitiert bei: Ioan Mircea Pașcu, Bătălia pentru NATO [Die Schlacht für die NATO], in: Ziua, 11.5.2002.

einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und von allen im Parlament vertretenen politischen Kräften gestützt wird, nach dem Beitritt weniger motiviert sein sollte, den Vorgaben der NATO zu entsprechen, als vor dem Beitritt. Mehrere Gründe sprechen für eine Fortsetzung der rumänischen Anstrengungen:

- ▶ Zum einen hat Rumänien, indem es seine Streitkräfte weit unter das Niveau der KSE-Vorgaben reduziert und die Ziele seiner Armee reform an den Erfordernissen der NATO-Strategie ausgerichtet hat, bereits seit Jahren auf ein nationales Konzept der Landesverteidigung verzichtet. Der Umbau seiner Streitkräfte, wie er entsprechend dem mit der NATO vereinbarten Membership Action Plan vorangetrieben werde, ist »weit fortgeschritten und irreversibel«.<sup>38</sup>
- ▶ Die für den NATO-Beitritt zu erbringenden Aufwendungen aus dem Staatshaushalt sind für Rumänien zwar hoch, Berechnungen von Experten haben jedoch klargestellt, daß die Kosten für eine nationale Verteidigungspolitik um ein Drittel höher wären als jene für die angestrebte Verteidigung im NATO-Bündnis.
- ▶ Die Anstrengungen, die Rumänien zur Erfüllung der NATO-Beitrittskriterien unternimmt, entsprechen zugleich der Notwendigkeit und dem Willen, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu reformieren. Zu dieser Politik gebe es keine Alternative.<sup>39</sup> Auch ohne das Ziel des NATO-Beitritts müsse Rumänien eine moderne, professionelle und mobile Armee aufbauen, die sowohl für die Landesverteidigung als auch für die Teilnahme an Friedensmissionen außerhalb des Landes gerüstet sei.
- ▶ Daher will Rumänien die politischen und wirtschaftlichen Reformen ebenso fortführen wie die Modernisierung und Umstrukturierung seiner Streitkräfte mit dem Ziel eines späteren NATO-Beitritts, auch wenn es in Prag nicht zum Beitritt eingeladen werde. Interne Kritiker dieser Politik der alternativlosen NATO-Orientierung hatten die gegenwärtige wie auch schon frühere Regierungen gelegentlich davor gewarnt, sie riskiere, von der

<sup>38</sup> Premierminister Adrian Năstase in seiner Rede auf dem Treffen des Nordatlantikrats mit Rumänien in Brüssel am 16.4.2002, <<http://www.nato.int/pfp/romania/nastasenac1.htm>>.

<sup>39</sup> »There is no other solution for Romania: we will pursue our reform, as this is the only way to turn Romania into a stable democracy and to provide decent life standards for the entire Romanian people.« (Premierminister Năstase, ebd.)

NATO auch künftig im Stande eines De-facto-Alliierten gehalten zu werden, ohne de jure ins Bündnis aufgenommen zu werden.<sup>40</sup> Dieses Risiko wurde sowohl in der Kosovo-Krise als auch nach dem 11. September eingegangen.

- ▶ Auf dem Treffen der Außenminister der NATO-Staaten mit jenen der Kandidatenländer, das am Rande des NATO-Außenministertreffens in Reykjavik stattfand, schlug Außenminister Mircea Geoană vor, die in Prag neu aufgenommenen Staaten sollten sich dazu verpflichten, sofort alle Pflichten eines NATO-Mitglieds zu übernehmen, ohne die Ratifizierung ihres Beitritts abzuwarten.<sup>41</sup>

Auf dem Treffen des Nordatlantikrates am 14. Mai 2002 in Reykjavik kam das erwogene Differenzierungsmodell schließlich nicht zum Tragen. Einer Meldung der italienischen Tageszeitung »La Stampa« zufolge hätten sich bei diesem Treffen die Außenminister der USA und Italiens gegen die Befürworter einer neuerlichen Differenzierung durch Einführung einer »Probezeit« durchgesetzt.<sup>42</sup> Zählte auch NATO-Generalsekretär George Robertson zum Kreis dieser Befürworter? Zumindest könnte der feine Unterschied, der im Ton seiner Presseerklärung gegenüber derjenigen von US-Außenminister Colin Powell anklingt, darauf hindeuten. Während Robertson darauf verwies, daß »those chosen as official candidates in Prague still have long negotiations to go through and conditions to meet before being admitted to the world's most powerful military alliance«,<sup>43</sup> machte Powell aus seiner Ablehnung des Regatta-Modells kein Hehl: »Those [aspirant countries] who are selected for membership, I think it is best to invite them all as a group and then the ratification of the protocol will take its natural course. So I prefer to see it done that way, as opposed to other models that have been suggested,

<sup>40</sup> Bereits 1998 hatte Bruce Jackson, Vorsitzender der US-Kommission für die NATO-Erweiterung, Rumänien dazu ermutigt, »wenigstens in militärischer Hinsicht ein De-facto-Mitglied der NATO zu werden, noch bevor ihm der Status eines De-jure-Mitglieds der NATO verliehen werde.« (Zit. in: Petre Catalan, »România în NATO – poate spre 2004« [»Rumänien in die NATO – vielleicht um das Jahr 2004«], in: Azi [Bukarest], 17.12.1998.)

<sup>41</sup> Andreea Bratosin, România va propune eliminarea »stagiaturii« pentru viitorii membri NATO [Rumänien wird den Verzicht auf die »Probezeit« der künftigen NATO-Mitglieder vorschlagen], in: Adevărul, 14.5.2002.

<sup>42</sup> Zitiert nach Adevărul, 16.5.2002.

<sup>43</sup> NATO Daily Enlargement Brief, 24.5.2002, <<http://www.topica.com/lists/nato1...ml?mid=90435998552222&sort=d&start=342>>.

such as the Regatta, where you put them in queue in some way.« Und der US-Außenminister nannte auch die Gründe für seine Ablehnung des Regatta-Modells: »They have all been working hard. They all filled out their membership application, they all have been doing what we asked them to do, and if they meet the standards that were put before them, if they meet the test that we will apply to them in the course of the summer as we get near Prague, then it seems to me we should invite whatever number in all at the same time.«<sup>44</sup>

Die versammelten Außenminister des Bündnisses trafen folgende Entscheidungen:

**Explizite Kriterien:** Alle neun Anwärter auf einen NATO-Beitritt werden dazu ermuntert, die bisher entsprechend ihrem Membership Action Plan gemachten Anstrengungen bis zum Prager Gipfeltreffen und darüber hinaus zu intensivieren, um den Beitrittskriterien zu entsprechen. Es sind dies der Einsatz (commitment) für die Grundprinzipien und Grundwerte des Washingtoner Vertrags, die Fähigkeit (capability), zur kollektiven Verteidigung und zu dem gesamten Spektrum der Missionen des Bündnisses beizutragen.

**Kroatien** soll als zehntes Kandidatenland auf dem Prager Gipfeltreffen zur Teilnahme am Membership Action Plan (MAP) eingeladen werden.

**Kontinuität:** Das Bündnis verpflichtet sich, die Kontinuität des Erweiterungsprozesses zu sichern und den laufenden 4. MAP-Zyklus für alle Beitrittskandidaten im Frühjahr 2003 zu schließen, ganz gleich, ob sie zum Beitritt eingeladen werden oder nicht.

**Klare Zielsetzungen:** Die NATO will auf der Grundlage der individuellen »Annual National Programs« klare Reformziele ausarbeiten, um den Reformfortschritt der Kandidatenländer vor, aber auch nach dem Beitritt zu gewährleisten.

**Unterzeichnung spätestens Frühjahr 2003:** Die individuellen Beitrittsprotokolle der zum Beitritt aufgeforderten Staaten sollen spätestens auf dem nächsten NATO-Außenministertreffen im Frühjahr 2003 unterzeichnet werden.

**Keine Staffelung des Beitrittstermins:** Das Procedere der zweiten Erweiterung soll nicht von dem der ersten Beitrittsrunde abweichen. Alle eingeladenen Staaten sollen dem Bündnis vor dem nächsten Gipfeltreffen gleichzeitig beitreten: »As in Madrid, our goal is that

<sup>44</sup> Press Conference by US Secretary of State, Colin L. Powell, Following the Meeting of the North Atlantic Council, <<http://www.nato.int/docu/speech/2002/s020514g.htm>>.

all invitees should accede on a common date before the next summit.« Für die Dauer des Ratifizierungsprozesses der einzelnen Beitrittsgesuche werden jedoch keine klaren Fristen vorgegeben. Die beitretenden Staaten, so heißt es im Kommuniqué, werden so lange an weiteren MAP-Zyklen teilnehmen, bis der Ratifizierungsprozeß abgeschlossen ist. Normalerweise könnte das Verfahren analog zum Ratifizierungsprozeß der ersten Erweiterungsrunde spätestens 2004 abgeschlossen sein. Die polnische Tageszeitung »Gazeta Wyborcza«<sup>45</sup> nannte als Beitrittstermin den Beginn des Jahres 2004. Der rumänische Außenminister Geană äußerte nach dem Treffen in Reykjavik die Einschätzung, daß der Ratifizierungsprozeß zwischen ein- und eineinhalb Jahre dauern werde, und errechnete seinerseits einen Beitritt im Jahre 2004.<sup>46</sup>

**Keine zusätzlichen Bedingungen für neue Mitglieder:** Der Nordatlantikrat wird angewiesen, bis zum Prager Gipfeltreffen Vorkehrungen für die Vorbereitung des Bündnisses auf seine geplante Erweiterung zu treffen. Dabei dürfen aber keine neuen Vorbedingungen für neue Mitglieder geschaffen werden. »This work will be conducted in keeping with political guidance provided by the council and will not create any preconditions or decisions on new members.«<sup>47</sup>

Rumänien und Bulgarien begrüßten diese Entscheidung. Außenminister Geană zeigte sich erleichtert: »The ambiguity about enlargement and the process post-Prague has been eliminated. That invitations will be clear cut, with no conditions, is great news for us.«<sup>48</sup> Und die bulgarische Nachrichtenagentur BTA unterstrich die Botschaft des amerikanischen Außenministers: »Powell assured his counterparts that the US and the majority of the member states held that the invitations in Prague would not contain additional conditions or differentiate between the invited countries.«<sup>49</sup>

Auch bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO ist ein Gesinnungswandel eingetreten. Noch im Dezember 2001 hatte der SPD-Abgeordnete Markus

<sup>45</sup> Zitiert nach: Adevărul, 24.4.2002.

<sup>46</sup> Andreea Bratosin, România va propune eliminarea »stagiaturii« pentru viitorii membri NATO [Rumänien wird den Verzicht auf die »Probezeit« der künftigen NATO-Mitglieder vorschlagen], in: Adevărul, 14.5.2002.

<sup>47</sup> <<http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-059e.html>>.

<sup>48</sup> Reuters, 5.5.2002, <<http://www.topica.com/lists/nato1...ml?mid=904372155&sort=d&start=243>>.

<sup>49</sup> BTA, 15.5.2002, <<http://www.topica.com/lists/nato1...ml?mid=904372155&sort=d&start=243>>.

Meckel, Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO, in einem von Parlamentariern mehrerer Mitgliedstaaten des Transatlantischen Forums unterzeichneten Antrag der Parlamentarischen Versammlung der NATO einen zweiten Erweiterungsschritt unter Ausschluß Rumäniens und Bulgariens empfohlen.<sup>50</sup> Auf ihrer 2002 in Sofia abgehaltenen Frühjahrstagung lobte die Parlamentarische Versammlung dann die von sieben namentlich angeführten Beitrittsanwärtern erzielten Erfolge und rief die vertretenen Parlamente dazu auf, der Ratifizierung der Beitrittsprotokolle mit diesen Staaten zuzustimmen. Allerdings warnte sie in ihrer Erklärung, daß die nationalen Parlamente im Falle nachlassender Reformanstrengungen einzelner Beitrittsstaaten die Ratifizierung der entsprechenden Beitrittsprotokolle sehr wohl hinausschieben oder sogar zurückweisen könnten: »reminding each invited country that if it should falter in its commitment to reform, the member parliaments of the Assembly may decide to delay or even reject ratification of the treaty protocol needed for that country to join the Alliance«.<sup>51</sup> Die tatsächliche Ratifizierung der Beitrittsprotokolle durch die Parlamente der 19 aktuellen Mitgliedstaaten wird deren souveräne Entscheidung sein. Und dabei sind national motivierte Versuche einer Differenzierung durch Ratifizierung nicht gänzlich auszuschließen.

Es ist davon auszugehen, daß der Ratifizierung durch die Legislative der USA das größte Gewicht zukommt. Schließlich bleibt zu fragen, ob einzelne NATO-Staaten bereit sein werden, wegen möglicher Divergenzen über die Ratifizierung des einen oder anderen Beitrittsprotokolls eine Verschiebung des nächsten NATO-Gipfels zu riskieren.

<sup>50</sup> Emil Hurezeanu, *Suma jucătorilor nuli* [Die Summe der Nullspieler], in der Zeitschrift 22 (Bukarest), 12 (25.-31.12.2001) 52.

<sup>51</sup> <<http://www.naa.be/plenary/02sofia/av-127.en.html>>.



## Die Beitrittspolitik Rumäniens

Mit Blick auf die in Prag anstehende Entscheidung und die anschließenden Ratifizierungsdebatten in den nationalen Parlamenten der 19 Bündnisstaaten ist zu fragen: Was hat Rumänien getan, um sich für den Beitritt zur NATO zu qualifizieren und vorzubereiten? Wie hat sich Rumänien in Krisenzeiten außenpolitisch verhalten? Wie ist der Stand der Streitkräftereform? Inwieweit ist Interoperabilität mit den Streitkräften der NATO-Staaten gewährleistet? Ist Rumänien fähig und willens, an friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen und der NATO teilzunehmen? Kann und will die Regierung die Kosten des Beitritts tragen? Wie geht sie mit nichtmilitärischen Risiken um? Wie ist der Stand der Akzeptanz des Beitritts in der Bevölkerung? Und – in welches Bündnis strebt Rumänien?

### Außenpolitik als De-facto-Alliiertes des Bündnisses

Obwohl Rumänien nicht zu den Staaten der ersten Erweiterungsrunde der NATO gehörte, proklamierte die Regierung bereits 1998 die grundsätzliche Absicht, sich trotz der Nichtaufnahme fortan wie ein tatsächlicher (De-facto-)Bündnispartner zu verhalten.<sup>52</sup> Diese Grundsatzentscheidung wurde seither von allen Regierungen, gleich welcher Couleur, beachtet. Während der Kosovo-Krise 1999 öffneten Staatspräsident Emil Constantinescu und die aus Christdemokraten, Liberalen, Sozialdemokraten und dem Ungarnverband gebildete Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Radu Vasile den rumänischen Luftraum für die NATO. Trotz bündniskonformen Verhaltens und daraus resultierender wirtschaftlicher Schäden verringerten sich in der Folge die Chancen Rumäniens zur Integration in die NATO. Der Schock der Zurückweisung durch die

<sup>52</sup> Staatspräsident Emil Constantinescu und Verteidigungsminister Victor Babiuc in: Adevărul, 8.12.1998, und Dilema (Bukarest), 29.8.–4.9.1997. Damit entsprach Rumänien den Erwartungen des Bündnisses, wie sie NATO-Generalsekretär Xavier Solana auf einer Tagung des Nordatlantikkrates im Oktober 1997 in Bukarest formuliert hatte. Jeder Kandidat, so Solana, müsse sich »bereits jetzt so verhalten, als sei er schon zum Beitritt eingeladen worden«.

NATO auf dem Madrider Gipfel 1997 trug nicht unwesentlich zum Scheitern der Regierungskoalition bei den Wahlen 2000 bei.

Dennoch reagierten Staatspräsident Ion Iliescu und die neue sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Adrian Năstase erneut wie faktische Alliierte der NATO auf die terroristischen Angriffe gegen die USA vom 11. September 2001. Am Abend des 11. September berief Präsident Iliescu den Obersten Rat für Landesverteidigung (Consiliul Suprem de Apărare a Țării, CSAT) ein, der einen Beschluß über die Beteiligung Rumäniens am Kampf gegen den internationalen Terrorismus an der Seite der NATO-Mitgliedstaaten faßte. Rumänien, so der Präsident, sei bereit, wie ein faktisches NATO-Mitglied zu handeln.

Am 14. September wandte sich der Präsident in einem Schreiben<sup>53</sup> an beide Kammern des Parlaments und forderte Abgeordnete und Senatoren auf, für die vom Landesverteidigungsrat beschlossenen Maßnahmen zur Unterstützung der NATO zu votieren. Das rumänische Angebot sah die Bereitstellung des gesamten Luft-, Land- und Seeraumes für eventuelle Anti-Terror-Operationen vor, die Koordinierung seiner Maßnahmen mit anderen Verbündeten und Partnerstaaten der NATO sowie, auf Anfrage der Allianz, die Bereitstellung der vorgesehenen Streitkräfte für militärische Maßnahmen außerhalb des rumänischen Territoriums.<sup>54</sup> Am 19. September votierte das Parlament ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung (des Vertreters der serbischen Minderheit in der Abgeordnetenkammer) für die vorgeschlagenen Unterstüt-

<sup>53</sup> Botschaft des Staatspräsidenten an die Abgeordneten und Senatoren des rumänischen Parlaments, veröffentlicht in: Adevărul, 15.9.2001.

<sup>54</sup> Im einzelnen bot Rumänien den Alliierten die Nutzung seiner Flughäfen Kogălniceanu (bei Constanța/Konstantza) und Giarmata (bei Timișoara/Temeswar) sowie die Militärluftflotten in Konstantza und Mangalia am Schwarzen Meer an. Bei den für Einsätze außerhalb des rumänischen Territoriums vorgesehenen Einheiten handelt es sich um ein Infanteriebataillon, das zu der seit 1997 im Aufbau befindlichen Schnellen Eingreiftruppe gehört, vier Flugzeuge vom Typ MIG 21 Lancer und eine Fregatte. Siehe Verteidigungsminister Mircea Ioan Pașcu in der Zeitschrift: 22 (Bukarest), (25.9.–1.10.2001) 39.

zungsmaßnahmen. Die rumänische Regierung verpflichtete sich, die nötigen Finanzmittel bereitzustellen.<sup>55</sup>

Rumänien war das erste ostmitteleuropäische Land, das den Vereinigten Staaten und den anderen Staaten des westlichen Bündnisses nach dem 11. September 2001 seinen Verteidigungsraum zur Verfügung stellte.<sup>56</sup> Das Verteidigungsministerium räumte den US-Streitkräften unbegrenzte Überflug- und Landrechte auf seinem Territorium ein. Täglich erfolgten durchschnittlich 20 US-Flüge.<sup>57</sup>

Als einziger NATO-Beitrittskandidat und als einziges ehemals kommunistisches Land befand sich Rumänien am 10. Januar 2002 unter den 19 Erstunterzeichnern des Memorandums über die Aufstellung der International Security Assistance Force (ISAF).<sup>58</sup> 280 Soldaten, einige von ihnen mit Erfahrung bei früheren Einsätzen in Somalia, Angola und Albanien, wurden mit einem eigenen Transportflugzeug der rumänischen Luftwaffe vom Typ C-130 Herkules nach Afghanistan geflogen. Im Mai 2002 bewilligte das rumänische Parlament zudem die Entsendung von rund 500 Soldaten – 405 Mann eines Infanterie-Bataillons, 70 Mann einer Spezialeinheit für chemisch-bakteriologisch-nuklearen Einsatz sowie zehn Verbindungsoffiziere – zur Teilnahme an der Operation »Enduring Freedom« in Afghanistan. Die Soldaten werden ebenfalls mit einem Herkules-Transportflugzeug der rumänischen Luftwaffe nach Afghanistan gebracht. Die Kosten für den Einsatz in Höhe von 20 bis 30 Millionen Dollar bringt Rumänien aus einem Sonderhaushalt auf.<sup>59</sup>

Zur Entlastung der NATO auf dem Balkan beschloß Rumänien darüber hinaus, seine Beteiligung an KFOR und SFOR aufzustocken. Das Kontingent für die friedenserhaltenden UN-Einsätze in Afghanistan wurde ebenfalls aufgestockt. Künftig wird Rumänien 700 Soldaten in Bereitschaft halten: neben den bisher vereinbarten 131 Soldaten und 10 Beobachtern 500 Soldaten eines Infanterie-Bataillons, ein Feldlazarett mit 126 Ärzten und Pflegepersonal, 50 Beobachter und 11 Generalstabsoffiziere für friedenserhaltende Einsätze.<sup>60</sup>

Nach dem 11. September 2001 wurden nicht nur die Zielsetzungen und Maßnahmen des Membership

Action Plans aktualisiert, auch Rumäniens Nationale Sicherheitsstrategie, die Militärstrategie sowie das Weißbuch zur Nationalen Sicherheit und Verteidigung wurden den neuen, asymmetrischen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus angepaßt. Gesetze zum Daten- und Informationsmanagement, zur Sicherung der Landesgrenzen und der inneren Sicherheit wurden erlassen, die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Anti-Terror-Konventionen in nationales Recht umgesetzt.

## Die Reform der rumänischen Streitkräfte

In Rumänien sieht man die Reform der Streitkräfte und die Vorbereitungen auf den NATO-Beitritt als Teil eines Prozesses, der – neben der laufenden Anpassung an den *acquis communautaire* der EU – ein wichtiges Instrument zur Modernisierung der Wirtschaft, der Institutionen und der gesamten Gesellschaft darstellt.<sup>61</sup> Gegenüber Rumänien haben die drei baltischen Staaten oder Slowenien den »Vorteil«, daß sie – bedingt durch die Auflösung der Sowjetunion bzw. der Bundesrepublik Jugoslawien – über keine oder keine nennenswerten Streitkräfte verfügen und im Zuge ihrer NATO-Integration den Aufbau neuer, moderner Armeen ins Auge fassen können, während Rumänien – ebenso wie Bulgarien und Slowenien – den »Nachteil« hat, Streitkräfte aus der Zeit vor 1989 zu besitzen, die in einem langwierigen, kostspieligen Prozeß den Strukturen der NATO angepaßt, deren Bewaffnung modernisiert und auf Interoperabilität mit dem westlichen Bündnis ausgerichtet und deren Personal in neuem Geiste ausgebildet werden muß. Andererseits sind nur Rumänien und Bulgarien imstande, ihren Luftraum zu verteidigen.<sup>62</sup> Einzig die Armeen dieser Staaten bedeuten vom Augenblick ihres Beitritts einen Sicherheitsgewinn für die Region, der im Zuge der Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten kontinuierlich wachsen wird.<sup>63</sup>

<sup>61</sup> Staatssekretär im Verteidigungsministerium George Cristian *Maier* in einer Ansprache zum Tag der Streitkräfte, 24.10.2001.

<sup>62</sup> Thomas S. *Szayna*, Nato Enlargement 2000–2015. Determinants and Implications for Defense Planning and Shaping, Santa Monica: Rand Corporation, 2001, S. 134.

<sup>63</sup> Jane's Defence Weekly, zitiert in: Numai România și Bulgaria contează militar în extinderea NATO [Nur Rumänien und Bulgarien zählen militärisch bei der NATO-Erweiterung], in: Adevărul, 25.5.2002.

<sup>55</sup> Adevărul, 20.9.2001.

<sup>56</sup> Bogdan *Chiriac*, O primă victorie a rațiunii [Ein erster Sieg der Vernunft], in: Adevărul, 22.9.2001.

<sup>57</sup> România Liberă, 28.3.2002.

<sup>58</sup> <[www.operations.mod.uk/fingal/index.htm](http://www.operations.mod.uk/fingal/index.htm)>.

<sup>59</sup> Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 3.5.2002.

<sup>60</sup> Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 31.5.2002.

Gerade wegen der für Bukarest enttäuschenden Entscheidung der NATO auf ihrem Madrider Gipfel-treffen befürwortete es die Einführung der neuen NATO-Partnerschaft, die dem Wunsch Rumäniens nach klaren Vorgaben und Zeitvorstellungen bezüglich der zu vollziehenden Maßnahmen zur Reform und Anpassung an NATO-Standards entgegenkam. Der periodischen Evaluierung der Kandidaten und ihrer systematischen Unterstützung bei der Umsetzung eines individuell zugeschnittenen konkreten Anforderungskatalogs für den Beitritt diente seit 1999 der Membership Action Plan (MAP).<sup>64</sup> Obwohl diese neue Form der Kooperation weder einen Zeitrahmen noch eine Garantie für eine künftige Aufnahme eines Kandidatenstaates in die NATO vorsieht, wertete die Regierung in Bukarest sie als Chance, einen spezifisch rumänischen Beitrag zur Sicherheit des euro-atlantischen Bündnisses und der regionalen Stabilität zu leisten.<sup>65</sup>

### Zivil-militärische Beziehungen

Mit der Verabschiedung der neuen rumänischen Verfassung und ihrer Bestätigung durch ein Referendum im Dezember 1991 wurden die zivil-militärischen Beziehungen früh auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Gemessen an den von Jeffrey Simon<sup>66</sup> aufgestellten Kriterien für eine effektive demokratische Kontrolle des Militärs durch die politische Führung und das gewählte Parlament ist Rumäniens Entwicklungsstand positiv zu bewerten.

Gemäß Verfassung ist der Staatspräsident in Rumänien der höchste militärische Befehlshaber und zugleich Vorsitzender des Obersten Landesverteidigungsrates. Verantwortlich für die Umsetzung der Verteidigungspolitik ist jedoch die Regierung. Der Generalstab, dessen Reorganisation nach dem Vorbild westlicher Armeen 1998 abgeschlossen war, ist in das Verteidigungsministerium integriert. Nur in Kriegzeiten geht die strategische Leitung für die Dauer des Krieges an ein Großes Hauptquartier (Marele Cartier

<sup>64</sup> Fouzieh Melanie *Alamir*, Der Membership Action Plan – ein Schritt zur weiteren NATO-Öffnung?, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 37 (2000) 1, S. 69–75.

<sup>65</sup> Siehe hierzu den Appell der Vertreter beider Kammern des rumänischen Parlaments an die Parlamente aller NATO-Mitgliedstaaten, in: Adevărul, 12.3.1999.

<sup>66</sup> Jeffrey *Simon*, NATO Enlargement & Central Europe: A Study in Civil-Military Relations, Washington, D.C. 1996.

General) über, das dem Obersten Landesverteidigungsrat unterstellt ist.

Im Unterschied zu anderen NATO-Anwärterstaaten, deren Streitkräfte sich dem NATO-Prinzip zivil geführter Verteidigungsministerien lange Zeit verweigerten, gab es solche Schwierigkeiten in Rumänien aus Gründen der unterschiedlichen historischen Entwicklung nicht.<sup>67</sup> Nach der Wende hatten sich in Rumänien die Streitkräfte an die Spitze der Reformbestrebungen nach westlichem Muster gestellt.<sup>68</sup> Das erklärt, weshalb bis 1994 ein Angehöriger der Streitkräfte – General Nicolae Spiroiu – als Verteidigungsminister agierte. Unter seiner Leitung wurden bereits 1992 Maßnahmen beschlossen, um sowohl die Führungsstrukturen des Ministeriums als auch den Generalstab und die operativen Kommandos den »Standards der Armeen mit einer langen demokratischen Tradition« anzugleichen.<sup>69</sup> Seit März 1994 stehen ausnahmslos Zivilisten an der Spitze des rumänischen Verteidigungsministeriums.

Ein hoher Rang wird der Ausbildung ziviler Fachleute aus Parlament und Verwaltung eingeräumt. Bereits 1991 wurde in Bukarest die Nationale Verteidigungsakademie (Colegiul Național de Apărare) gegründet, in der seither nach dem Muster der US National Defense University ranghohe Militärs gemeinsam mit Parlamentariern, Politikern und Journalisten ausgebildet werden.<sup>70</sup> Aufbau und Funktionen werden zur Zeit nach dem amerikanischen Vorbild verbessert.

Es waren die Streitkräfte selbst, die sich seit Beginn der Armee reform für die Kontrolle durch das Parlament einsetzten. Ihre parlamentarische Kontrolle erfolgt über die Verteidigungsausschüsse der beiden Häuser des Parlaments (Abgeordnetenversammlung und Senat). Das Parlament stimmt über den Verteidigungs-

<sup>67</sup> Larry L. *Watts*, Democratic Civil Control of the Military in Romania. An Assessment as of October 2001. Prepared for the Workshop: »Democratic Control of the Military among the NATO Aspirants: A Progress Report«, Washington, D.C., 1.11.2001, S. 6.

<sup>68</sup> Vgl. London Directorate of Management and Consultancy Services, Review of Parliamentary Oversight of the Romanian Ministry of National Defense and the Democratic Control of Its Armed Forces, London 1997 (DMCS Study Nr. 46/1996), S. 44–45.

<sup>69</sup> Doina *Băscă*, Guvernele se perindă, armata este perenă [Die Regierungen gehen, die Armee bleibt], in: Cotidianul (Bukarest), 12.7.1993.

<sup>70</sup> Zum Vergleich: Die Zrínyi-Nationale-Verteidigungsuniversität in Ungarn bot 1997 erstmals Bildungsmöglichkeiten für zivile Experten an, das Baltic Defence College wurde 1998 gegründet.

haushalt ab. Das Verfassungsgericht prüft die Verfassungsmäßigkeit aller gesetzlichen Regelungen in Verteidigungsfragen. Der Rechnungshof kontrolliert die Verwendung der im Verteidigungshaushalt vorgesehenen Mittel durch die Streitkräfte.

## Verteidigungsausgaben

Der Anteil der Verteidigungsausgaben hatte sich von rund 4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 1989 und 1992 bei 2% eingependelt. Allein im Jahre 1998, das durch ein rückläufiges Wirtschaftswachstum, eine steigende Inflationsrate und einen steilen Abfall des Lebensstandards der Bevölkerung gekennzeichnet war, sanken die Ausgaben für die Streitkräfte nicht zuletzt auch unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf 1,78% des BIP.<sup>71</sup> Die Regierung von Ministerpräsident Adrian Năstase konnte von der im Wahljahr 2000 wieder anspringenden wirtschaftlichen Konjunktur profitieren, die dem Lande seither jährliche Wachstumsraten um die 5% bescherte. Die Verteidigungsausgaben für das Jahr 2001 beliefen sich auf 2,59%, diejenigen für 2002 auf 2,43% des BIP. Für Gehälter und sonstige Personalkosten wurden 52,9% des Verteidigungshaushalts aufgewendet, 37,3% für Anschaffungen von technischem Gerät, 8,9% für Instandhaltung und 0,9% für Infrastrukturmaßnahmen.<sup>72</sup> Unabhängig davon, ob Rumänien auf dem kommenden Gipfeltreffen in die NATO aufgenommen wird, hat sich die Regierung verpflichtet, bis einschließlich 2005 einen Anteil von 2,38% des BIP für den Etat der Streitkräfte bereitzustellen. Diese verbindliche Zielvorgabe ist in den Richtlinien für den künftigen Streitkräftehaushalt festgeschrieben und wird in das Weißbuch der Nationalen Sicherheit aufgenommen, das seinerseits vom Parlament bestätigt wird.<sup>73</sup> Dieser Kurs findet auch die Unterstützung der Bevölkerung: Laut einer Umfrage im Jahr 2001 würden 63% der Befragten höhere Verteidigungs-

ausgaben auch dann unterstützen, wenn sie zu Lasten anderer Haushaltstitel gingen.<sup>74</sup>

Rumänien wird zur Zeit von der Weltbank mit einem auf vier Jahre angelegten Kredit in Höhe von 120 Millionen US-Dollar für die Überführung der überschüssigen Angehörigen der Streitkräfte in zivile Beschäftigungsverhältnisse unterstützt. Aus den USA kommen unter dem laufenden MAP-Zyklus weitere 11,5 Millionen US-Dollar für Truppenabbau, Planung, Personalmanagement und Kommunikation.<sup>75</sup>

Seit 1994 wird im Verteidigungsministerium mit Unterstützung aus den USA an der Aufstellung eines Programming, Budgeting and Evaluation Systems (PBES) und an der Umsetzung der Richtlinien für eine integrierte Verteidigungsplanung (PPBES) gearbeitet. Mit Hilfe der US Naval Postgraduate School in Monterey wurde 1998 in Braşov/Kronstadt ein Regionales Zentrum für das Management von Verteidigungsressourcen eingerichtet, das Fachleute für Planungsaufgaben ausbildet. Auf der Grundlage des PPBES-Systems wird der Verteidigungshaushalt beginnend mit dem Jahr 2002 auf der Grundlage klar definierter und terminierter Planungsvorgaben ausgewiesen.

## Rüstungsproduktion und Rüstungsbeschaffung

Entsprechend seiner autonomen Außen- und Sicherheitspolitik hatte Rumänien vor der Wende eine eigenständige Rüstungsindustrie aufgebaut, die einen wichtigen Produktions- und Exportzweig darstellte. In den 1980er Jahren lieferte sie über 80% der Ausrüstung der rumänischen Streitkräfte – darunter auch Kampfflugzeuge, gepanzerte Fahrzeuge, Raketenwerfer und Handfeuerwaffen –, die in Eigenlizenz sowie in Zusammenarbeit mit sowjetischen und westlichen Firmen hergestellt wurden.<sup>76</sup> Streitkräfte reform, Wirtschaftskrise und rückläufige Rüstungsexporte trafen die Rüstungsindustrie nach der Wende besonders hart. Vor 1990 deckte das Verteidigungsministerium 70%

<sup>71</sup> Adina Sădeanu, FMI este îngrijorat de creşterea cheltuielilor militare ale României [Der IWF ist besorgt über das Anwachsen der Militärausgaben Rumäniens], in: Adevărul, 19.6.1998.

<sup>72</sup> Ovidiu Cameliu Petrescu, The Role of the Romanian Parliament in Approving the Defence Budget, in: NATO Parliamentary Assembly Speech, 29.1.2002, <<http://nato-pa.int/publications/speeches/020129-petrescu.html>>.

<sup>73</sup> Premierminister Adrian Năstase in seiner Rede auf dem Treffen des Nordatlantikrats mit Rumänien in Brüssel am 16.4.2002, <<http://www.nato.int/pfp/romania/nastasenac1.htm>>.

<sup>74</sup> Larry L. Watts, Democratic Civil Control of the Military in Romania. An Assessment as of October 2001. Prepared for Workshop »Democratic Control of the Military among the NATO Aspirants: A Progress Report«, Washington, D.C., 1.11.2001, S. 24.

<sup>75</sup> Radu Tudor, Bucharest's Defence Industry Reorganisation to Cost \$120m, in: Jane's Defence Weekly, 37 (28.8.2002).

<sup>76</sup> Bernardo Mariani/Christie Hirst, Arms Production, Exports and Decision-Making in Central and Eastern Europe, Saferworld Arms & Security Programme Report, June 2002, S. 141–158.

seiner Materialkäufe aus eigener Produktion, heute sind es nur noch 5%.<sup>77</sup> Derzeit sind 35 Firmen mit rund 30 000 Angestellten im Rüstungssektor tätig. Jahrelang bemühte sich eine Interessenkoalition aus Vertretern der Rüstungsindustrie, der Rüstungsbeschaffer des Verteidigungsministeriums und der Gewerkschaften, die Rüstungsindustrie mit staatlichen Subventionen am Leben zu erhalten. Im Dezember 2001 faßte die Regierung den Beschluß, die Rüstungsindustrie radikal umzustrukturieren.

Rüstungsproduktion und -beschaffung der rumänischen Streitkräfte sind darauf ausgerichtet, Interoperabilität mit NATO-Systemen herzustellen, Rüstungsbetriebe in Übereinstimmung mit europäischen Standards und den Sicherheitsvorschriften der NATO zu modernisieren und NATO-Standards einzuführen. Die Modernisierung der Ausrüstung der rumänischen Streitkräfte, die technische Verbesserung vorhandenen Geräts gemäß NATO-Standards und die Anschaffung von neuem Gerät erfolgten in Kooperation mit westlichen Rüstungsfirmen wie der europäischen EADS/DASA, der französischen Firma Matra, der amerikanischen Firma Jaffe Aircraft, Britten Norman aus Großbritannien, Oerlikon Contraves AG aus der Schweiz und Elbit Systems aus Israel. Diese Kooperation wurde dadurch erleichtert, daß einige rumänische Waffensysteme bereits vor 1989 westliche Technologie inkorporiert hatten: Dies gilt für die von der rumänischen Luftwaffe eingesetzten Flugzeuge (Rolls-Royce-Motoren), Hubschrauber (Sud-Aviation und Turbo-Mec), gepanzerte Fahrzeuge (MAN-Lizenz) und Panzer (MTU-Motoren mit deutscher Lizenz, ähnlich dem Leopard-Panzer).<sup>78</sup>

Zu den Modernisierungsprioritäten gehören der Ankauf von weiteren C-130-Herkules-Transportflugzeugen und von F-16-Jagdflugzeugen aus den Vereinigten Staaten, die Produktion von Kampfhubschraubern in Zusammenarbeit mit amerikanischen und französischen Rüstungsfirmen sowie die systemtechnische Optimierung des rumänischen Kampfpanzers TR 125 in Kooperation mit der Firma Krauss-Maffei-Wehrtechnik.<sup>79</sup>

<sup>77</sup> Eugene Kogan, *Romanian Aerospace Living on the Edge*, in: *Interavia*, 57 (März 2002) 661, S. 13-15.

<sup>78</sup> Nicolae Spiroiu, *Odată cu aderearea la NATO va creşte și responsabilitatea factorilor de decizie pentru respectarea drepturilor omului* [Zugleich mit dem Beitritt zur NATO wird auch die Verantwortung der Entscheidungsträger für die Beachtung der Menschenrechte wachsen], in: *Dimineața* (Bukarest), 9.5.2002.

<sup>79</sup> Siehe hierzu: Florentin Popa, *Procurement in the*

## Verteidigungsplanung

Die Verteidigungsplanung Rumäniens erfolgt auf der Grundlage der Nationalen Sicherheitsstrategie, die im Juni 1999, nach Anpassung an die neue NATO-Strategie, verabschiedet wurde. Die Nationale Sicherheitsstrategie definiert keinen Staat als potentiellen Feind, sie sieht jedoch ein gewisses Potential für regionale Risiken und Bedrohungen durch militärisches Ungleichgewicht, terroristische Netzwerke, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Waffen- und Drogenhandel, organisierte Kriminalität, illegale Einwanderung und Flüchtlingsmigration. Um eine weitere Anpassung der rumänischen Streitkräfte an NATO-Standards zu gewährleisten, prüft der Verteidigungsrat zur Zeit Entwürfe für ein neues Streitkräftegesetz.<sup>80</sup> Die rumänische Verteidigungsstrategie wurde im April 2000 veröffentlicht. Das darin dargelegte Reformkonzept der Streitkräfte gründet in seiner jetzigen Form auf einer von den USA und Großbritannien im Jahre 1999 durchgeführten Analyse. Das Reformziel besteht darin, Streitkräfte zu schaffen, die fähig sind, allein oder gemeinsam mit der NATO auf Sicherheitsrisiken zu reagieren.

Rumänien teilt mit den drei neuen NATO-Mitgliedern die Probleme, die sich aus der Notwendigkeit der Reduzierung, Neuordnung und Modernisierung einer großen, schwerfälligen, schwer bewaffneten Armee und ihrer Anpassung an die Standards und Erfordernisse der NATO ergeben. Seit Beginn der Streitkräftereform wurde die rumänische Truppenstärke erheblich reduziert: Die unter dem KSE-Vertrag für Rumänien festgelegten personellen und materiellen Obergrenzen waren bereits Ende 1995 erreicht oder sogar unterschritten. Bis zum Jahre 2003 sollen die rumänischen Streitkräfte auf einen Endbestand (Program Force 2003) von 112 000 Mann in Friedenszeiten und 230 000 in Kriegszeiten reduziert werden. (Zum 1. September 2001 zählten sie nur noch 102 027 Mann.) 120 Bataillone wurden aufgelöst oder neu organisiert, weitere 200 werden bis zum Ende des Jahres 2003 folgen. Bis zum Jahre 2003 genießt die Reform der Streitkräftestruktur Vorrang vor Ausrüstungsanstrengungen: Vor 2004 werden keine neuen großen Ausrüstungsprogramme gestartet.

Romanian Armed Forces, *Updating with a View to Interoperability*, in: *NATO's Sixteen Nations*, Special Issue 1996 (November 1996).

<sup>80</sup> *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 19.7.2002.

Neue Planungen, die unter dem Stichwort »Objective Force« laufen, sehen für den Fall geänderter Sicherheitsbedingungen eine weitere Reduzierung und Flexibilisierung der Streitkräfte vor.<sup>81</sup> Bereits jetzt sind die Aufwendungen für ein Mitglied der gut ausgebildeten und mobilen sogenannten »aktiven Kräfte« dreimal so hoch wie jene für die Territorial- oder Reservekräfte. Bis Ende 2003 sollen 50–60% der rumänischen Streitkräfte aus aktiven Kräften bestehen, die bei Peacekeeping-Missionen der NATO eingesetzt werden können.<sup>82</sup>

Das Offizierskorps weist das für ehemalige Ostblock-Armeen typische Merkmal eines Überhangs im Bereich der oberen Ränge und von Fehlziffern im Bereich der Unteroffiziere auf. Zur Zeit beträgt das Verhältnis von Offizieren zu Unteroffizieren in den rumänischen Streitkräften 1 zu 1,4, das Ziel ist eine ausgewogene Personalstruktur nach dem Muster westlicher Streitkräfte (1 Offizier zu 2,4 Unteroffizieren). Um das Ungleichgewicht zu korrigieren, wurden allein im Jahre 1998 11 000 Offiziere und Unteroffiziere aus dem aktiven Dienst entlassen, von denen 75% über 40 Jahre alt waren.<sup>83</sup>

2001 wurde mit einer neuen Vorschrift für die Militärische Laufbahn nach westlichem Vorbild ein primär leistungsorientiertes Beförderungssystem eingerichtet. Vor allem die Zahl der Generalstellen in den neuen Streitkräftestrukturen wird drastisch reduziert: von bisher vorhandenen 446 auf 140 Stellen. Hinzu kommen jene Obristen, die zur Zeit noch an Ausbildungsstätten der NATO studieren und deren Beförderung zum General bevorsteht.<sup>84</sup> Es kann also davon ausgegangen werden, daß derzeit an der

Spitze der Streitkräfte praktisch keine Generale aus der Vor-Wende-Zeit mehr im aktiven Dienst zu finden sind. Um die Unteroffiziersausbildung entsprechend NATO-Standards zu beschleunigen, wurde in Pitești ein entsprechendes Zentrum gegründet und das dort praktizierte Ausbildungsmodell in die Lehrpläne aller Lehranstalten für Berufssoldaten übernommen. Zur Zeit befinden sich 2800 junge Unteroffiziere in einer solchen Ausbildung.

Die Einstellung zivilen Personals erfolgt – mit Ausnahme der Minister- und Staatssekretärebene – auf der Grundlage des 1999 verabschiedeten Gesetzes für den Öffentlichen Dienst. Damit – so Larry Watts – habe Rumänien ein Problem gelöst, das einigen neuen NATO-Mitgliedern, etwa der Tschechischen Republik, noch immer Schwierigkeiten bereite.<sup>85</sup>

Hinsichtlich der englischen Sprachkenntnisse der rumänischen Offiziere und Unteroffiziere ergab sich Ende Juni 2001 folgendes Bild:

- ▶ 4036 *Offiziere*, davon gemäß NATO-Standards
  - 1812 Stufe 1 (Grundkenntnisse)
  - 1498 Stufe 2 (ausreichende Kenntnisse für Kommandopositionen)
  - 726 Stufe 3 (Kenntnisstand, der zum Einsatz in NATO-Stäben befähigt)
- ▶ 964 *Unteroffiziere*, davon
  - 429 Stufe 1 (Grundkenntnisse)
  - 335 Stufe 2 (ausreichende Kenntnisse für Kommandopositionen)
  - 200 Stufe 3 (Kenntnisstand, der zum Einsatz in NATO-Stäben befähigt)

Eingedenk der Schwierigkeiten, mit denen die drei neuen NATO-Mitglieder bei der Besetzung der ihnen zustehenden Positionen im Rahmen der alliierten Strukturen und beim NATO-Hauptquartier konfrontiert waren, bemüht man sich in Rumänien, beizeiten verwendungsfähige Kräfte auszubilden. Beim Verteidigungsministerium wurden drei Zielgruppen benannt. Eine erste Zielgruppe (142 Offiziere und 14 Unteroffiziere) steht zur sofortigen Verwendung in den alliierten Stäben bereit, eine zweite Zielgruppe (125 Offiziere und 22 Unteroffiziere) ist für Positionen in den einsatzbereiten Einheiten auf dem Territorium Rumäniens vorbereitet, während eine dritte Zielgruppe (161

<sup>81</sup> Ministry of Defence, Directorate for Euro-Atlantic Integration and International Military Relations, Romania. An Overall Perspective of the Internal Reform and NATO Integration, Bukarest, 6.4.2002, S. 17.

<sup>82</sup> Eugen Tomiuc, Romania: Bucharest Steps Up NATO Military Reforms, but Political Reforms Are Just As Crucial, in: RFE/RL, 15.4.2002, <<http://www.rfel.org/nca/features/2002/01/18012002091338.asp>>.

<sup>83</sup> Bis 2003 muß das 30 000 Mann starke Offizierskorps noch einmal halbiert werden: Die Zahl der Obristen muß von 2300 auf 630 zurückgeführt werden, die der Oberstleutnants von 5618 auf 1800, der Majore von 7800 auf 2200 und der Hauptleute von 9908 auf 4050. Zugleich wird die Zahl der Oberleutnants von 3051 auf 3750 und die der Leutnants von 2218 auf 2400 angehoben. Siehe: Jeffrey Simon, Transforming the Armed Forces of Central and East Europe, in: Strategic Forum, (Juni 2000) 172, S. 2–3.

<sup>84</sup> Romania, Ministry of National Defence, Department for Euro-Atlantic Integration and Defence Policy (Hg.), Romanian Military Reform, Bukarest 2001, S. 4.

<sup>85</sup> Larry L. Watts, Democratic Civil Control of the Military in Romania. An Assessment as of October 2001. Prepared for Workshop: »Democratic Control of the Military among the NATO Aspirants: A Progress Report«, Washington, D.C., 1.11.2001, S. 20.

Offiziere und 62 Unteroffiziere) als Personalreserve für die beiden ersten Zielgruppen fungiert.<sup>86</sup>

Der Entwurf eines neuen Gesetzes sieht neben dem zur Zeit obligatorischen Wehrdienst einen alternativen Zivildienst für Verweigerer aus Gewissensgründen vor. Zudem ist geplant, den allgemeinen Wehrdienst von derzeit zwölf auf acht und im Falle der Hochschulabsolventen von sechs auf vier Monate zu verkürzen. Für den geplanten Übergang zu einer Berufarmee werden um rund 50% höhere Kosten angesetzt, die angesichts mangelnder Ressourcen vorerst wohl nicht aufgebracht werden können.<sup>87</sup>

### Grad der Interoperabilität

Interoperabilität mit den Streitkräften der NATO zu erreichen ist für alle ehemaligen Warschauer-Pakt-Armeen eine kostenintensive Langzeitaufgabe. Trotz begrenzter Finanzmittel hat Rumänien eine wichtige Etappe auf diesem Weg bereits zurückgelegt: 80% der Geräte der Luftwaffe, 70% der Marine und 70% der Ausrüstung der vier Infanteriebataillone, die für PFP-Einsätze vorgesehen sind, verfügen über NATO-kompatible Kommunikationssysteme. Das Kommunikationssystem der rumänischen Streitkräfte (Romanian Armed Forces Communications System STAR) soll 2007 voll funktionsfähig sein. Die Luftüberwachungssysteme Rumäniens und Bulgariens wurden miteinander verbunden.

In Rumänien ist man sich der Tatsache bewußt, daß die Bedeutung des Beitrags der eigenen Streitkräfte zu den »capabilities« der NATO nicht in ihrer zahlenmäßigen Stärke liegt, sondern in ihrer Spezialisierung und ihrer Flexibilität und Mobilität. Dies gilt übrigens für alle neuen NATO-Mitglieder und für alle Kandidatenstaaten: »None of the former communist countries is likely to be a major contributor to NATO's air operations in the near or mid term, but all can play a meaningful role (even in air operations) depending on the contingency. Especially in cases of »coalitions of the willing«, their specific strengths in niche areas may make them disproportionately

valuable to the operation.«<sup>88</sup> Spezielle Fähigkeiten bieten unter anderem Einheiten der Gebirgsjäger, Kampfschwimmer, Militärpolizei, militärisches Nachrichtenwesen, Psychologische Operationen (PSYOP) und natürlich die strategische Airlift-Kapazität der rumänischen Streitkräfte. Gestützt auf deren umfangreiche Erfahrung bei Auslandseinsätzen konnte zudem das neue logistische Konzept des Nationalen Unterstützungselements entwickelt werden. Dieses flexible Konzept – es kommt bereits bei den Einsätzen in Afghanistan zum Tragen – sieht eine zentrale Koordinationszelle sowie Transport-, Verpflegungs-, Medizin- und Dienstleistungskapazitäten vor, die den unterschiedlichen Einsätzen angepaßt werden. Für die Verbringung der Truppen an ihre Einsatzorte sorgen vier Herkules-C-130-Transportflugzeuge, von denen zur Zeit allerdings nur zwei voll einsatzfähig sind.

Auf rumänischer Seite gibt es keinerlei verfassungsmäßige oder gesetzliche Bestimmungen, die einer Aufnahme in die NATO entgegenstünden. Der Status der US-Streitkräfte in Rumänien wurde vertraglich geregelt.<sup>89</sup> Seit Mai 2002 dienen der rumänische Schwarzmeerhafen Konstantza-Süd und der nahegelegene Flughafen Kogălniceanu den US-Streitkräften in Europa (EUCOM) für den Austausch der amerikanischen Kontingente im Kosovo sowie für Materiallagerung und Transporte militärischer Ausrüstung aus dem Kosovo. Künftig kann der Hafen auch für die Verschiffung von Truppen und Militärtechnik der NATO zu anderen Einsatzorten genutzt werden.<sup>90</sup> Rumänien erklärte sich zudem bereit, der NATO sein Territorium und seinen Luftraum auch für eventuelle Militäraktionen gegen den Irak zur Verfügung zu stellen. Ein Movement Control Center zur Unterstützung alliierter Truppen für den Transit in die Balkanstaaten wurde eingerichtet. Vier Flughäfen – Kogălniceanu/Konstantza, Giarmata/Temeswar, Otopeni und Fetesti – sowie zwei Übungsplätze werden modernisiert, um von der NATO genutzt werden zu können.

<sup>86</sup> Romania, Ministry of National Defence, Department for Euro-Atlantic Integration and Defence Policy (Hg.), Romanian Military Reform, Bukarest 2001, S. 10.

<sup>87</sup> Armata are 15 600 de soldați angajați cu contract [Die Armee verfügt über 15 600 Zeitsoldaten], in: Capital (Bukarest), (28.3.2002) 13. Siehe auch: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 12.2.2002 und 19.7.2002.

<sup>88</sup> Szayna, Nato Enlargement 2000–2015, S. 145.

<sup>89</sup> Agreement between Romania and the United States of America Regarding the Status of United States Forces in Romania, Washington, D.C., 30.10.2001.

<sup>90</sup> George Cristian Maior, Staatssekretär im rumänischen Verteidigungsministerium, Interview in: Adevărul, 9.2.2002; Carmen Chihaia, 400 de militari americani la Constanța [400 amerikanische Militärs in Konstantza], in: Adevărul, 9.5.2002.

**Tabelle 1**  
**Streitkräftekapazitäten, die Rumänien für Missionen zur kollektiven Verteidigung bereitstellt**

Kategorie	2001	2002	2003
Landstreitkräfte	1 Bataillon Infanterie	1 Bataillon Infanterie 1 Kompanie Gebirgsjäger 1 Kompanie Fallschirmspringer	1 mechanisierte Brigade 1 Bataillon Gebirgsjäger 1 Kompanie Fallschirmspringer
Luftwaffe	4 Jagdbomber MiG 21 Lancer	6 Jagdbomber MiG 21 Lancer	8 Jagdbomber MiG 21 Lancer 4 Kampfhubschrauber IAR 330 SOCAT
Marine	1 Fregatte 2 gepanzerte Flußschiffe 1 Tauchergruppe EOD/SEAL	1 Fregatte 3 gepanzerte Flußschiffe 1 Tauchergruppe EOD/SEAL	1 Fregatte 4 gepanzerte Flußschiffe 1 Tauchergruppe EOD/SEAL

### Teilnahme an friedenserhaltenden Missionen

Rumänien stellt für Missionen im Rahmen der *kollektiven Verteidigung* Streitkräftekapazitäten zur Verfügung, die in Tabelle 1 aufgelistet sind. Für multinationale Einsätze hält das Land ein Infanteriebataillon und eine Pionierkompanie im Rahmen der Multinational Peace Force in South-Eastern Europe (MPFSEE) bereit sowie eine Kompanie Infanterie im Rahmen der multinationalen Stand-By High Readiness Brigade der UNO (SHIRBRIG). Für das rumänisch-ungarische Bataillon ist ein rumänisches Modul von 449 Soldaten vorgesehen und einsatzbereit. Ein Schiff nimmt an regelmäßigen Übungen der Black Sea Naval Cooperation Task Group (BLACKSEAFOR) teil. An der Multinational Engineer Battalion Between Slovakia, Hungary, Romania and Ukraine (des »TISA«-Bataillons) ist Rumänien mit einer Pioniereinheit beteiligt. Die dafür vorgesehene rumänische Kompanie ist zu 90% einsatzfähig. Zum 1. September 2003 wird das Kommandozentrum der South Eastern Europe Brigade (SEEBRIG) für vier Jahren nach Konstantza verlegt. Seit 1999 existiert in Bukarest auch das als NATO/PfP-Trainingszentrum akkreditierte Romanian Regional Training Center.<sup>91</sup>

Seit 1990 haben mehr als 8000 Angehörige der rumänischen Streitkräfte an folgenden *friedenserhaltenden Missionen* teilgenommen:

- ▶ Golfkrieg 1991;
- ▶ Beobachtermission in der Republik Moldau 1992;

- ▶ UN-Mission in Somalia (UNOSOM II) 1993–1994;
- ▶ UN-Mission in Ruanda (UNAMIR) 1994;
- ▶ UN-Kontrollmission in Angola (UNAVEM III) 1997–1998;
- ▶ Multinationale Schutztruppe für Albanien (ALBA) 1997;
- ▶ NATO-Missionen IFOR und SFOR in Bosnien-Herzegowina 1996–1998;
- ▶ UN-Beobachtermission in Irak und Kuwait (UNIKOM) seit 1991;
- ▶ NATO-Mission post-SFOR seit 1998 (zur Zeit 122 Soldaten);
- ▶ UN-Verwaltung in Kosovo (UNMIK);
- ▶ Schutztruppe im Kosovo (KFOR) (zur Zeit 221 Soldaten);
- ▶ Enduring Freedom in Afghanistan (zur Zeit 475 Soldaten).

Insgesamt steht Rumänien mit seinen Verteidigungsanstrengungen im internationalen Vergleich gut da, wie der im Dezember 2001 im RUSI Journal veröffentlichte »RUSI Martial Potency Index« beweist. Er beruht auf einer komplexen vergleichenden Untersuchung, bei der quantitative Indikatoren wie Verteidigungsausgaben und Truppenstärke in Beziehung gesetzt werden zum sogenannten »Defence Commitment Quotient« (der Akzeptanz von Verteidigungsausgaben durch Regierung und Bevölkerung, Pro-Kopf-Ausgaben und Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt) und zum »Proactivity Quotient« (der Fähigkeit, Truppen außerhalb der Grenzen zu bringen). Weitere Faktoren wie Regierungstyp, Teilnahme an Bündnissen, Kampferfahrung und innere

<sup>91</sup> Romanian NATO/PfP Regional Training Center, <[www.nato.int/pfp/romania/pfptraining.htm](http://www.nato.int/pfp/romania/pfptraining.htm)>.



Sicherheit werden zusätzlich einbezogen. Die Skala reicht von 1 bis 10.

Das Ergebnis: Rumänien nimmt auf einer Liste von 162 Staaten Platz 43 ein. Von den neuen NATO-Staaten rangiert nur Polen vor Rumänien auf Platz 25 (die Tschechische Republik auf Rang 55, Ungarn auf Rang 71). Die anderen Kandidatenländer nehmen folgende Ränge ein: Bulgarien Platz 67, die Slowakei 81, Litauen 82, Slowenien 92, Lettland 114 und Estland 120.<sup>92</sup>

### Der NATO-Beitritt im Spiegel der öffentlichen Meinung

Die Einbindung Rumäniens in die euro-atlantischen Strukturen genießt allerhöchste außenpolitische Priorität und wird von einem breiten Konsens aller politischen Kräfte des Landes getragen. Im Jahre 1994 wurde zur Vorbereitung auf den angestrebten NATO- und EU-Beitritt ein Nationaler Konsultativrat für die Europäische und Atlantische Integration ins Leben gerufen, dem Vertreter aller Parlamentsparteien sowie von mehreren Nichtregierungsorganisationen angehören. Im Juni 1996 und im April 1997 richtete das rumänische Parlament einstimmig Appelle an die Parlamente aller NATO-Staaten, in denen es unter Verweis auf den allgemeinen Konsens über diese außenpolitische Option um Unterstützung für den Beitritt Rumäniens zur NATO bat. Im März 2001 brachten sowohl alle im Parlament vertretenen Parteien als auch die Vertreter der Zivilgesellschaft (Kirchen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen) ihre Unterstützung für die angestrebte NATO-Mitgliedschaft Rumäniens zum Ausdruck.

Bei allen Umfragen, die im Verlauf der 1990er Jahre die Akzeptanz des NATO-Beitritts in den NATO-Beitrittsstaaten zu ermitteln suchten, stand Rumänien neben Polen konstant am oberen Ende der Skala. Lag der Anteil der Befürworter im Jahre 1996 noch bei 95%, ging er – bedingt durch die Nichtaufnahme Rumäniens 1997 und die Kosovo-Krise 1999 – zunächst auf etwa 75% zurück, liegt aber zur Zeit wieder bei 85%. Auch in den Streitkräften ist die Akzeptanz des NATO-Beitritts sehr hoch.

Das zur Zeit vollständigste Bild der öffentlichen Meinung zum NATO-Beitritt Rumäniens liefert eine Umfrage, die das führende rumänische Meinungs-

forschungsinstitut IMAS im Auftrag des rumänischen Verteidigungsministeriums 1999 durchführte.<sup>93</sup>

► Auf die Frage: »Sind Sie mit der Integration Rumäniens in die NATO einverstanden?« antworteten 75,5% der Befragten mit »ja«, 15,3% mit »nein«, 9,2% zeigten sich unentschieden.

► 17,1% haben eine »sehr gute Meinung« von der NATO, 56,1% eine »gute Meinung«, 11,6% eine »schlechte Meinung«, 3,9% eine »sehr schlechte Meinung«, 11,2% sind unentschieden.

Die Frage nach den erwarteten Auswirkungen des NATO-Beitritts, bei der mehrfache Antworten möglich waren, ergab folgendes Bild:

- Zwischen 40 und 50% der Befragten erhoffen sich vom Beitritt Rumäniens zur NATO eine »höhere Glaubwürdigkeit bei westlichen Investoren« und »bei internationalen Verhandlungen«;
- 43% der Befragten erwarten vom Beitritt eine Modernisierung der Streitkräfte, die allerdings nur mit Hilfe der von 45% der Befragten erwarteten Steigerung der Ausgaben für die Streitkräfte möglich sein wird;
- 40,5% erhoffen sich »zusätzliche Garantien für die nationale Sicherheit«, 19,2% einen »besseren Zugang zu den kulturellen Ressourcen und Werten der westlichen Staaten«;
- 16,9% gehen von einer »Unterordnung der Streitkräfte unter ausländische Kommandeure« aus, aber nur 6,4% befürchten den Verlust der nationalen Unabhängigkeit;
- 31,2% der Befragten sind mit einer Stationierung von NATO-Truppen auf rumänischem Territorium einverstanden, 55% (annähernd der gleiche Prozentsatz wie in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn)<sup>94</sup> sprachen sich dagegen aus.

### Welche NATO für Rumänien?

Welche Hoffnungen und Erwartungen knüpfen die politisch Verantwortlichen in Rumänien an den NATO-Beitritt? Wie soll aus ihrer Sicht das Bündnis beschaffen sein bzw. weiterentwickelt werden?

► Für Rumänien ist die NATO das wichtigste Verteidigungsbündnis der Geschichte. Sie habe sich, so der Außen- und der Premierminister im April 2002, als

<sup>92</sup> Michael Codner, The RUSI Martial Potency Index, in: The RUSI Journal, 146 (Dezember 2001), S. 25–31.

<sup>93</sup> România și NATO. Sondaj comandat de Ministerul Apărării Naționale [Rumänien und die NATO. Meinungs-umfrage im Auftrag des Ministeriums für Nationale Verteidigung], <<http://domino.kappa.ro/imas/home.nsf/Sondaje>>.

<sup>94</sup> <[http://www.ceorg-europe.org/research/2000\\_02.html](http://www.ceorg-europe.org/research/2000_02.html)>.

Wertegemeinschaft bewährt und sich den neuen Herausforderungen und Risiken flexibel und dynamisch angepaßt.<sup>95</sup> Rumänien betont die Notwendigkeit einer starken transatlantischen Verbindung im Bündnis, unterstützt aber zugleich auch den Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als eines starken europäischen Pfeilers in der NATO. Das schließt die Beteiligung Rumäniens an der Europäischen Schnellen Eingreiftruppe ein.

- ▶ Die NATO muß eine effiziente militärische Organisation bleiben – »strongly anchored around the Article 5 commitments«, »with an enhanced political role but with operational strengths«,<sup>96</sup> »having at its core the transatlantic link«.<sup>97</sup> Die NATO dürfe jedoch nicht zu einer neuen OSZE werden: »The OSCE, which Romania chaired last year, has proved its value but is aware of its limitations«.<sup>98</sup> Das Beispiel Mazedonien habe gezeigt, daß die OSZE nur in Zusammenarbeit mit NATO und EU erfolgreich war, »because each organisation did what it does best and did it together.«<sup>99</sup>
- ▶ NATO und EU werden als »mutually reinforcing processes«<sup>100</sup> gesehen. Die Sicherung der Grenzen entsprechend EU-Standards, die zum 1. Januar 2002 zur Aufhebung der Visumpflicht für rumänische Bürger im Schengen-Raum geführt haben, würde im Falle einer NATO-Aufnahme Rumäniens auch einen Sicherheitsgewinn für die NATO bedeuten. Der Beitritt zu NATO und EU wäre für Rumänien eine einmalige historische Gelegenheit – »the first real opportunity in decades of entering a mutually reinforcing virtuous circle of dual membership of the EU and NATO«.<sup>101</sup>
- ▶ Einem starken Bündnis beizutreten und anzugehören liege im ureigensten Sicherheitsinteresse des Landes. Die NATO sollte durch den Beitritt Rumäniens gestärkt und nicht geschwächt werden. Daher markiere die Aufnahme in die NATO auf dem Gipfeltreffen in Prag nicht den Endpunkt der Inte-

<sup>95</sup> Außenminister Mircea Geoană in einer Rede an der Yale-Universität, 4.4.2002, in: <<http://www.nato.int/pfp/romania/geoanayale.htm>>, und: Premierminister Adrian Năstase in seiner Rede auf dem Treffen des Nordatlantikrats mit Rumänien in Brüssel am 16.4.2002, in: <<http://www.nato.int/pfp/romania/nastasenac1.htm>>.

<sup>96</sup> Geoană, ebd.

<sup>97</sup> Năstase, ebd.

<sup>98</sup> Geoană, ebd.

<sup>99</sup> Ebd.

<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Ebd.

grationsbemühungen, sondern die Schwelle zu einer Phase verstärkten Engagements: »Accession to NATO is not our end goal but rather a further step on our road to sharing the responsibility for bringing about a deeper security in Europe.«<sup>102</sup> Überzeugt von der Gemeinsamkeit der euro-atlantischen Sicherheitsinteressen werde Rumänien sich – unabhängig von der Beitrittsentscheidung in Prag – auch weiterhin uneingeschränkt an den Einsätzen »zur Verteidigung der von der Allianz gewährleisteten Sicherheit der europäischen Zivilisation« sowie am Kampf gegen den Terrorismus beteiligen.<sup>103</sup>

Vom Beitritt Rumäniens zur NATO erhofft sich die Regierung in Bukarest, wie erwähnt, nicht zuletzt auch Unterstützung für den laufenden Prozeß der institutionellen Modernisierung und der wirtschaftlichen Reformen sowie letzten Endes auch die Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung.<sup>104</sup> Diese Erwartung deckt sich mit Einschätzungen westlicher Wirtschaftsvertreter, die davon ausgehen, daß der NATO-Beitritt zu einer »dramatischen« Zunahme ausländischer Investitionen in Rumänien führen wird.<sup>105</sup>

## Nichtmilitärische Sicherheitsrisiken

Neben den »harten« sicherheitspolitischen und militärtechnischen Kriterien rückte bereits vor dem 11. September die Frage der »weichen«, nichtmilitärischen Gefährdungen der inneren und äußeren Sicherheit der Kandidatenländer im Zuge der Erweiterungsdiskussion in den Vordergrund. Themen, die unter den Aspekt der »Wertedimension« der NATO subsumiert werden – Refomrückstand und schlechte Wirtschaftsdaten, Korruption, Nichtbeachtung von Umweltvorschriften, fehlende Unabhängigkeit der Justiz, mangelnde Informationssicherheit, Schwierigkeiten bei der Vergangenheitsbewältigung, aber auch Minderheitenprobleme und soziale Fragen –, stellten zwar keine unmittelbaren Sicherheitsgefährdungen für die Kandidatenstaaten dar. Sie lassen aber klare

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> Staatssekretär im Verteidigungsministerium George Cristian Maior in einem Interview mit der Zeitung Adevărul, 9.2.2002.

<sup>104</sup> Staatspräsident Ion Iliescu in einer Rede vor Mitgliedern des Centre for European Policy Studies (CEPS), Brüssel, 10.7.2001.

<sup>105</sup> Obie L. Moore, Vorsitzender der Amerikanischen Handelskammer in Rumänien, in einem Interview mit der Tageszeitung Adevărul, 4.7.2002.

Rückschlüsse zu auf mangelnde Regierungskompetenz, ungenügend ausgebildete Krisenbewältigungsmechanismen und fehlendes Rechtsbewußtsein in diesen Gesellschaften.<sup>106</sup> Zwar erwarte das Bündnis nicht, so Außenminister Mircea Geoană, daß die Beitrittskandidaten alle auf der sogenannten »laundry list«<sup>107</sup> der NATO vermerkten Aufgaben vor ihrem Beitritt lösten, sie müßten aber den Willen zur Lösung glaubhaft machen und überzeugende Lösungsvorschläge präsentieren.<sup>108</sup> Im Falle Rumäniens stehen Wirtschaftsfragen, Korruption, der Kult um den von den Alliierten des Zweiten Weltkriegs als Kriegsverbrecher verurteilten Staatschef Marschall Ion Antonescu, Informationssicherheit und das Problem der Heimkinder ganz oben auf der Agenda. Es steht zu erwarten, daß gerade die Frage der »weichen« Sicherheitsrisiken im Verlauf der parlamentarischen Debatten in den NATO-Staaten anlässlich der Ratifizierung der Beitrittsverträge mit den Kandidatenstaaten weiter in den Vordergrund rücken wird.

### Reformrückstand

Rumäniens größtes Problem sind die begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen und die zu spät und zu zögerlich eingeleiteten Reformen. Zwar trat Rumänien als erstes osteuropäisches Land 1972 dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bei und schloß 1980 ein umfassendes Kooperationsabkommen mit der EG ab. Infolge der Erdölkrise der 1970er Jahre konnte Rumänien jedoch seine Devisenschulden im Westen nicht mehr bedienen und wurde 1982 für zahlungsunfähig erklärt. Um sein Ziel der beschleunigten Schuldentilgung zu erreichen, hatte der Diktator Nicolae Ceauşescu eine Politik der radikalen Einsparungen und des gnadenlosen Sozialabbaus betrieben, die sich verheerend auf den Lebensstandard der Bevölkerung und auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirkten.

Am Vorabend der Wende war Rumänien zwar schuldenfrei, aber technologisch rückständig und von den globalen Handels- und Finanzströmen abgekop-

pelt. Privatwirtschaftliche Erfahrung und Kompetenz fehlten weitgehend. Und nach der Wende steuerten die neuen Politiker keinen durchgehend marktwirtschaftlichen Kurs. Die hohe Steuerlast schreckte nicht nur ausländische Investoren, sie veranlaßte auch immer mehr inländische Klein- und Mittelbetriebe, in den Bereich der Schattenwirtschaft abzurufen. Zwischen 1997 und 1999 verstärkten sich die krisenhaften Entwicklungen in der Wirtschaft. Das rumänische Bruttoinlandsprodukt, das 1998 7,3% betragen hatte und 1997 3,9%, sank 1999 um real 3,2%. Die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt 1999 bei 45,8%, die rumänische Währung Leu verlor 1999 rund die Hälfte ihres Wertes.

Erst in den letzten drei Jahren konnte der Teufelskreis aus sinkendem Wachstum und hoher Inflation durchbrochen werden. Seit 2000 wächst die rumänische Wirtschaft kontinuierlich (um 5,3% im Jahre 2001), ebenso die Industrieproduktion und der Export. Ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum ist die Grundvoraussetzung dafür, daß der Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt bis zum Jahre 2005 auf dem vereinbarten Niveau von über 2% BIP gehalten werden kann.

Die Inflationsrate ist, obwohl mit 30,3% (2001) immer noch relativ hoch, im Sinken begriffen. Die Arbeitslosenquote war mit 8,6% im Jahre 2001 vergleichsweise gering, was aber auch den – im Vergleich zu anderen Transformationsstaaten – niedrigen Privatisierungsgrad der Großindustrie widerspiegelt. Zur Zeit generiert der private Sektor 64,5% des BIP. Das im Jahre 2001 verabschiedete Gesetz über die Rückgabe privaten Eigentums wirkt sich stabilisierend auf die Wirtschaft aus, aber auch positiv auf den sozialen und ethnischen Frieden im Lande.

Die soziale Lage in Rumänien ist nach wie vor bedrückend. Die von der Regierung eingesetzte Kommission für Armutsbekämpfung stufte in ihrem Bericht für das Jahr 2001 6,6 Millionen der (insgesamt rund 22,4 Millionen) Bewohner Rumäniens als arm ein, 2,6 Millionen von ihnen leben in »extremer« Armut.<sup>109</sup>

### Korruption

Wie überall in den Übergangstaaten Osteuropas bildete auch in Rumänien die politische und wirtschaftliche Transformation den Rahmen für die Umwandlung von politischem in ökonomisches

<sup>106</sup> Chris Donnelly, Umdenken im Sicherheitsbereich, in: NATO Brief, (Winter 2000–2001), S. 32–34.

<sup>107</sup> Mircea Marian, România construieşte o Casă a NATO [Rumänien baut ein Haus der NATO], in: Adevărul, 25.8.2001.

<sup>108</sup> Außenminister Mircea Geoană in Interviews mit der Wochenzeitung 22, 13 (22.–28.1.2002) 4, sowie mit dem Sender Radio Freies Europa am 4.3.2002, in: <<http://www.rfel.org/nca/features/2002/03/04032002092652.asp>>.

<sup>109</sup> Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 22.5.2002.

Kapital. Mit der Entstehung einer neuen Oligarchie aus der alten Nomenklatura bildete sich ein »System von Beziehungen, Begünstigungen und gegenseitigen Abhängigkeiten« zwischen den Mitgliedern einer »kleinen Gruppe von Wirtschaftsführern, Regierungsmitgliedern und hohen Staatsbeamten«<sup>110</sup> aus der Zeit vor und nach der Wende – ein idealer Nährboden für Korruption und Kriminalität.<sup>111</sup> In Rumänien hat sich für dieses Netzwerk aus Vertretern der Wirtschaft, Verwaltung und Politik der Begriff der »Direktokratie« eingebürgert.<sup>112</sup>

Meinungsumfragen sowie ein Blick in die Presse des Landes lassen erkennen, daß das Thema Korruption in der rumänischen Öffentlichkeit eine eminent wichtige Rolle spielt. In dem von Transparency International erstellten Index der Korruptionswahrnehmung (Corruption Perception Index) besetzte Rumänien im Jahre 2000 Platz 69 von insgesamt 91 Staaten.<sup>113</sup> Am weitesten verbreitet ist sie – dieser öffentlichen Wahrnehmung zufolge – bei den Zollbehörden und im Justizwesen, im (ehemaligen) Staatlichen Privatisierungsfonds, im Parlament und im Gesundheitswesen.

Mit besonderer Besorgnis wird der Grad der Verflechtung von Politik und Wirtschaft registriert. Der Oberste Verteidigungsrat des Landes bezeichnete Korruption und organisierte Kriminalität als »echte Risikofaktoren für die gesellschaftliche Ordnung und sogar für die nationale Sicherheit.«<sup>114</sup> Korruption und insbesondere ihre politische Spielart ist in Rumänien möglicherweise nicht weiter verbreitet als in anderen Staaten, aber, so der Publizist Alexandru Lăzescu, ihre Auswirkungen sei »in einem Land mit einer Wirtschaft, die in weiten Teilen noch vom Staat abhängt, und mit einer noch nicht reformierten Verwaltung« weit gefährlicher als in den demokratischen Staaten des Westens.<sup>115</sup>

**110** Christiane Hoffmann, Wettbewerb um Privilegien. Die Verflechtung von Wirtschaftsmacht und politischen Befugnissen in Rußland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.7.1997.

**111** Siehe hierzu detailliert: Anneli Ute Gabanyi, Neue Wirtschaftseliten in Rumänien: Von der Nomenklatura zur Oligarchie, in: Südosteuropa, 48 (1999) 1–2, S. 75–97.

**112** Andrei Cornea, Lichidarea directocrației [Das Ausmerzen der Direktokratie], in: 22 (Bukarest), 12 (19.–25.8.1997) 33.

**113** <www.transparency.ro>.

**114** Auf seiner Sitzung am 17.8.2001. Siehe hierzu: Romulus Georgescu, Corupția și crima organizată au fost în atenția CSAT [Die Korruption und das organisierte Verbrechen im Visier des Obersten Landesrats für Verteidigung], in: România Liberă, 27.9.2001.

**115** Alexandru Lăzescu, Joaca de-a instituțiile [Das Institu-

Die im November 2000 neu gewählte sozialdemokratische Minderheitsregierung plant, auf Empfehlung der EU eine landesweite Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft ins Leben zu rufen. Das Justizministerium präsentierte im Oktober 2001 zwei Anti-Korruptions-Programme, die Reformen im Bereich der Regierungsstrukturen, der Justiz und der Verwaltung vorsehen.<sup>116</sup> Mit Hilfe neuer Technologien sollen die Voraussetzungen für mehr Transparenz bei der Privatisierung und der Vergabe öffentlicher Aufträge geschaffen werden. Eine Verfassungsreform soll der politischen Korruption den Nährboden entziehen: Die Finanzierung der politischen Parteien und der Modus der Parlamentswahlen sollen neu geregelt, die Zahl der Parlamentarier reduziert, die Immunitätsregeln verändert werden.<sup>117</sup>

Nach dem 11. September wurde das Aufgabengebiet des in Bukarest eingerichteten SECI-Zentrums für regionale Zusammenarbeit im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität auf die Bekämpfung von terroristischen Aktivitäten, Geldwäsche, illegaler Migration und Steuerhinterziehung ausgeweitet. Es muß aber davon ausgegangen werden, daß die Gefahr, die vom organisierten Verbrechen in einer Region ausgeht, in der sich bevorzugte Durchgangsrouten für illegale Migration, Schmuggel, Waffen- und Menschenhandel befinden, trotz größter Anstrengungen nur im Zusammenwirken mit den Partnern aus EU und NATO eingedämmt werden kann.

## Vergangenheitsbewältigung

In der öffentlichen Wahrnehmung der Bevölkerung sowie in der Presse nehmen die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit und die Aufklärung der beim revolutionären Staatsstreich begangenen Gewaltverbrechen einen breiten Raum ein. Und die juristische Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit hat in Rumänien aus Gründen, die mit den Besonderheiten beim Sturz des Ceaușescu-Regimes zusammenhängen, einen höheren Stellenwert als in den anderen Transformationsstaaten. Für den Zugang der Bürger zu ihren Geheimdienstakten und die Enttarnung der Securitate als politische Polizei wurde

tionenspiel], in der Zeitschrift: 22 (Bukarest), 12 (25.12.–31.12.2001) 52.

**116** Robert Morar, Prevenirea corupției [Korruptionsverhütung], in: Tribuna Economică, (19.–26.12.2001) 51–52.

**117** Premierminister Adrian Năstase in einem Interview mit der Tageszeitung Adevărul, 18.2.2002.

allerdings erst 2001 eine institutionelle Lösung gefunden. Trotz fortdauernder logistischer Schwierigkeiten und administrativer Halbherzigkeiten leistet die rumänische Behörde zur Erforschung der Archive der ehemaligen Geheimpolizei Securitate einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Debatte über individuelle Schuld und Verstrickung zu Zeiten der kommunistischen Diktatur.

Wichtiger als die Aufarbeitung ihrer kommunistischen Vergangenheit erscheint jedoch mit Blick auf den NATO-Beitritt die Frage, wie die Kandidatenstaaten mit den Phänomenen Antisemitismus und Holocaust umgehen: »Für die osteuropäischen NATO-Kandidaten könnte die Aufarbeitung ihrer Verwicklung in den Holocaust zum entscheidenden Beitrittskriterium werden«, bemerkte die »Financial Times Deutschland«: »Vor allem die USA drängen die Kandidaten massiv dazu, die Beteiligung einheimischer Helfer an der Ermordung der Juden im Zweiten Weltkrieg anzuerkennen und ihre Bevölkerung aufzuklären, sagten die Diplomaten am Rande des Gipfeltreffens der NATO-Kandidaten am Wochenende im lettischen Riga.«<sup>118</sup> Während die drei baltischen Staaten offenbar im Zentrum der Kritik amerikanisch-jüdischer Organisationen standen,<sup>119</sup> war aus den USA auch Kritik am Umgang Rumäniens mit seiner jüngeren Geschichte zu hören. Im Fokus dieser Kritik steht seit Jahren Marschall Ion Antonescu (geb. 1882), zwischen 1940 und 1944 rumänischer Staatschef, am 23. August 1944 durch einen von König Mihai mitgetragenen Staatsstreich abgesetzt, im Jahre 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Während Antonescu von den Alliierten des Zweiten Weltkriegs als Kriegsverbrecher eingestuft wurde, weil er Rumänien 1941 an der Seite Hitlerdeutschlands in den Krieg gegen die Sowjetunion geführt hatte, wurden seine Person und seine Politik nach der Wende in Rumänien nicht eindeutig und nicht ausschließlich negativ bewertet.

In Rumänien steckt die wissenschaftliche Bewertung des Marschalls, die erst nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems möglich wurde, noch in den Anfängen. In der Geschichtsschreibung, aber auch in der Öffentlichkeit gibt es neben Ansätzen

**118** Hubert Wetzel, Nazi-Kollaboration wird Hürde für NATO-Kandidaten, in: Financial Times Deutschland, 9.7.2002.

**119** »Other Jewish organizations have been raising concerns about the level of anti-Semitism and Holocaust recognition in some aspirant countries, particularly Latvia, Lithuania and Estonia.« (Matthew E. Berger, Groups Back NATO Hopefuls, in: Cleveland Jewish News.com, 31.7.2002, <<http://www.clevelandjewishnews...2002/July/31-691-wnato0731.txt>>.)

einer differenzierten Bewertung auch Tendenzen zu kultischer Überhöhung. In mehreren Städten wurden Straßen und ein Friedhof nach Antonescu benannt und Büsten von ihm aufgestellt. Seit Beginn der 1990er Jahre gab es deswegen Kritik aus den USA. Nach dem Regierungswechsel von 1996 verstärkte sich der Druck auf die neu gewählte bürgerliche Regierung, der Antonescu-Verehrung ein Ende zu setzen. Zwar wurde Generalstabschef Chelaru im Jahre 1999 seines Postens enthoben, weil er an der Aufstellung einer Antonescu-Büste in einer Bukarester Kirche teilgenommen hatte, weitergehende Maßnahmen unterblieben aber.<sup>120</sup>

Rasch und entschieden reagierte die nach den Wahlen vom November 2000 gebildete sozialdemokratische Minderheitsregierung von Premierminister Adrian Năstase auf die Kritik am Umgang mit Antonescu. Während seines Staatsbesuchs in den USA im November 2001 kündigte Năstase gesetzliche Maßnahmen an, um künftig Ehrungen von Personen zu unterbinden, die als Kriegsverbrecher angeklagt sind. Im März 2002 erließ die Regierung dann ein Eilverordnung, die alle faschistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Organisationen sowie den Kult von Personen, die wegen Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit verurteilt wurden, unter Verbot stellte. Auf die öffentliche Leugnung des Holocaust steht eine Gefängnisstrafe.<sup>121</sup> Den Kommunen empfahl die Regierung, nach Kriegsverbrechern benannte Straßen und Plätze umzubenennen und deren Statuen oder Büsten zu entfernen, was in den meisten Fällen sehr schnell geschehen ist.<sup>122</sup> Rumänien setzte zudem auf symbolische Gesten. So lud der rumänische Staatspräsident Ion Iliescu zum Treffen der NATO-Kandidatenstaaten im März 2002 in Bukarest auch die Vertreter der jüdischen Gemeinschaften dieser Staaten ein.

**120** Helsinki Commission Releases U.S. Statement on Tolerance and Non-Discrimination at OSCE Human Dimension Implementation Meeting, 20.9.1998,

<[www.csce.gov/press\\_csce](http://www.csce.gov/press_csce)>, und Roxana Ristache u.a., Bumerangul Antonescu [Der Antonescu-Bumerang], in: Cotidianul (Bukarest), 5.11.2001.

**121** Zeitschrift 22 (Bukarest), 13 (2.-8.4.2002) 14.

**122** Der Verbleib einiger weniger Büsten und Porträts Antonescus wurde jüngst von der US Helsinki Commission angemahnt, der auch Senatorin Hilary Clinton angehört. Siehe hierzu Romania: Ethnic Diversity Briefs, (13.7.2002) 15, <[www.romnews.com/communit](http://www.romnews.com/communit)>.

## Informationsschutz

Der Schutz als geheim eingestufte Informationen wird von der NATO ebenfalls als wichtige Vorbedingung für den Beitritt postuliert. Gesetze allein, wie sie das rumänische Parlament im April 2002 verabschiedete, reichen offenbar nicht aus, auch nicht, daß die Regierung ein Nationales Register der Staatsgeheimnisse schuf.<sup>123</sup> Inoffiziell drängten einige NATO-Staaten Rumänien offenbar, die Mitarbeiter seiner neuen Nachrichtendienste auf ihre eventuelle Zugehörigkeit zum alten Geheimdienst Securitate hin zu durchleuchten und gegebenenfalls zu entlassen: »Though no one at NATO publicly called for any spies to be fired, the U.S. and some other allies want Romania to thoroughly screen all former Securitate agents to make sure that people with murky histories aren't allowed to handle NATO secrets«, schreibt das »Wall Street Journal«. Der Zeitung zufolge ist man sich aber auch in NATO-Kreisen der Problematik solcher Forderungen bewußt – zum einen, weil beim Bündnis offenbar keine Hemmschwelle im Umgang mit dem russischen Präsidenten und ehemaligen KGB-Agenten Vladimir Putin besteht, zum anderen, weil man die innere Sicherheit Rumäniens mit überzogenen Forderungen nicht gefährden dürfe.<sup>124</sup>

In westlichen sowie rumänischen Presseorganen kursieren Namen einzelner Vertreter der rumänischen Intelligence Community, gegen die es Bedenken geben könnte. Ein anonymer Internet-Bericht stellte die Namen von 1600 ehemaligen Mitarbeitern der Securitate ins Netz, die noch in Bereichen des öffentlichen Lebens tätig sein sollen.<sup>125</sup> Unabhängig von ihrer Zahl kann man jedoch davon ausgehen, daß es sich dabei eher nicht – wie im Falle der anderen Warschauer-Pakt-Staaten – um Agenten mit engen institutionellen Verbindungen zu den sowjetischen Geheimdiensten handelt. Auch dürfte man im Bündnis recht gute Informationen über den rumänischen Geheimdienst der Vor-Wende-Zeit besitzen, denn gerade aus Rumä-

nien hatten sich – darin wohl nur Polen vergleichbar – ranghohe Überläufer, darunter auch der ehemalige stellvertretende Chef der rumänischen Auslands- spionage, General Ion Pacepa, in den Westen abgesetzt und ihre Kenntnisse westlichen Diensten zugänglich gemacht.

**123** Adrian Ursu, Demnitarii români și ar prinde urechile în filtrul NATO [Die rumänischen Politiker könnten in den Maschen des NATO-Filters hängenbleiben], in: Adevărul, 26.2.2002, und Mircea Marian, Lista NATO cu aceia care nu vor avea acces la informațiile secrete [Die NATO-Liste mit den Namen derer, die keinen Zugang zu geheimen Informationen haben werden], in: Adevărul, 9.4.2002.

**124** Philip Shishkin, NATO Insists Romania Screen Ex-Agents of Old Secret Police, in: The Wall Street Journal, 30.4.2002.

**125** S. R. Ica, SRI și Armageddon 7 [Der Rumänische Nachrichtendienst und Armageddon 7], in: România Liberă, 6.4.2002.

## Neue Sicherheitsrisiken durch Regatta-Lösung?

Einem verzögerten Beitritt nach dem Muster der »Regatta-Lösung« sollte auf dem Prager Gipfeltreffen eine Absage erteilt werden, da er weder einen Gewinn für die innere Sicherheit der Kandidatenstaaten noch für die regionale Sicherheit bedeuten würde. In einzelnen europäischen Regionen – dem Baltikum oder Südosteuropa – könnte im Gegenteil sogar ein Machtvakuum entstehen, das auch den Sicherheitsinteressen der NATO nicht förderlich wäre. Am wahrscheinlichsten sind drei Szenarien mit folgenden Schwerpunkten: die künftige Rolle Rußlands in der Region »vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer«, die Beziehungen zwischen den Beitrittskandidaten und den 1999 in die NATO aufgenommenen neuen Mitgliedstaaten und nicht zuletzt die Beziehungen der Beitrittskandidaten untereinander. Diese drei Szenarien sollen, soweit sie Rumänien betreffen, im folgenden näher beleuchtet werden.

**Beitrittskandidaten – Rußland.** Sollten souveräne NATO-Mitglieder eine Möglichkeit sehen, den Prozeß der Ratifizierung der Beitrittsverträge einzelner Kandidaten über einen längeren Zeitraum hinauszuziehen, könnte Rußland versucht sein, Einfluß auf den NATO-Integrationsprozeß zu nehmen, um daraus maximalen politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Profit zu ziehen. Interessenkonflikte der NATO mit ihrem seit dem 11. September 2001 kontinuierlich aufgewerteten strategischen Partner Rußland wären programmiert. So war im Mai 2002 aus Moskauer diplomatischen Quellen zu erfahren, daß Rußland auf individuellen Entscheidungen über den Beitritt neuer NATO-Mitglieder in den NATO-Rußland-Rat bestehen wolle. In der Gründungsvereinbarung, so das Argument, sei kein Mechanismus für die Aufnahme neuer Mitglieder vorgesehen. Die Einzelfallentscheidung sei besonders wichtig, wenn es um die Aufnahme der baltischen Staaten gehe.<sup>126</sup>

**Beitrittskandidaten – neue NATO-Mitglieder.** Die Tatsache, daß NATO-Mitglieder der ersten Erweiterungsrunde über die Aufnahme der Kandidaten der zweiten Erweiterungsrunde abstimmen und über das Ratifizierungsverfahren zusätzlich Einfluß auf den Beitrittsprozeß erhalten, könnte im Verlauf dieses

Verfahrens zu einer Zunahme regionaler Spannungen und damit zu einer Reduzierung des angestrebten Sicherheitsgewinns führen. Durch die gleichzeitige Ratifizierung der Beitrittsverträge aller Kandidatenstaaten könnten Versuche verhindert werden, im bilateralen Bereich angesiedelte Ansprüche und Forderungen an benachbarte Kandidatenländer mit dem Ratifizierungsprozeß zu koppeln.

**Die Beitrittskandidaten untereinander.** Nicht zuletzt würde durch einen gleichzeitigen Beitritt allen Rivalitäten zwischen Beitrittskandidaten der Boden entzogen. Die lang andauernden Spekulationen darüber, welche Kandidaten zum Beitritt in einer zweiten Erweiterungsrunde eingeladen würden, haben bereits dazu geführt, daß sich diese Staaten zunehmend als Rivalen in einem Rennen begriffen, in dem nicht Kooperation, sondern Konkurrenz zum Erfolg zu führen scheint. Rumänische Regierungsvertreter plädieren daher prinzipiell für ein Ende der Rivalitäten zwischen den Anwärterstaaten, von denen jeder seinen spezifischen, unverwechselbaren Beitrag zur Bündnissicherheit leiste.<sup>127</sup> Solidarität und Zusammenarbeit als Grundprinzipien der Allianz müßten die Beitrittskandidaten bereits im Vorfeld des Beitritts üben.<sup>128</sup>

### Rumänien, Rußland und die NATO

Rumäniens Beziehungen zu Rußland waren seit der Wende entscheidend von den Versuchen Moskaus geprägt, den rumänischen NATO-Beitritt zu torpedieren. Moskau agierte zum einen bilateral durch die Verhandlungen über den – immer noch nicht unterzeichneten – Grundlagenvertrag zwischen Rumänien und der Sowjetunion bzw. der Rußländischen Föderation, zum anderen, indem es Einfluß auf NATO-Entscheidungen in der Erweiterungsfrage zu nehmen versuchte.

<sup>127</sup> Şanse pentru NATO în 2002 [Chancen für die NATO im Jahre 2002], in: 22 (Bukarest), (6.-11.6.2001) 23.

<sup>128</sup> Rumäniens NATO-Botschafter Bogdan Mazuru, General Comments Regarding the Process of Romania's Accession to NATO, <<http://www.nato.int/pfp/romania/ambcomments.htm>>.

<sup>126</sup> Interfax, 15.5.2002.

Während die Sowjetunion und nach ihr die Rußländische Föderation im Falle Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei (aber auch Bulgariens) schließlich bereit war, in den bilateralen Grundlagenverträgen auf die »Kwizinskij-Formel«<sup>129</sup> zu verzichten, die die künftige Bündnisfreiheit dieser Staaten eingeschränkt hätte, bestand Moskau im Falle Rumäniens bis zum Herbst 2001 darauf, einen entsprechenden Paragraphen in den bilateralen Grundlagenvertrag aufzunehmen.<sup>130</sup> Zugleich hatte Rußland Rumänien – wie übrigens auch den baltischen Staaten – für einen Verzicht auf einen NATO-Beitritt Sicherheitsgarantien und Energielieferungen zu günstigen Konditionen angeboten, worauf sich Bukarest jedoch nicht einließ.<sup>131</sup> Mit dem Erlahmen des russischen Widerstands gegen einen NATO-Beitritt der baltischen Staaten zeichnete sich schließlich die Chance einer Unterzeichnung des rumänisch-russischen Grundlagenvertrags ab.<sup>132</sup>

Die 1997 in Madrid getroffene Entscheidung, Rumänien noch nicht in die NATO aufzunehmen, war ganz offenkundig auch das Ergebnis eines Interessenausgleichs zwischen der NATO und Rußland: Man unterschied zwischen den als »strategisch wichtig« erachteten Anwärtern auf eine erste Erweiterungsrunde und den Staaten »auf dem Balkan oder im Baltikum«, in denen »die meisten NATO-Staaten keine vitalen Interessen« verfolgen.<sup>133</sup> Und das waren genau die Regionen, für die Rußland seinen nicht verhandelbaren Anspruch (das Baltikum) oder sein übergeordnetes sicherheitspolitisches Interesse (die Schwarzmeerregion) angemeldet hatte.<sup>134</sup> Spätestens

seit dem 11. September 2001 setzt die NATO andere geostrategische Prioritäten.

Durch einen baldigen NATO-Beitritt Rumäniens besteht nun, da Moskau sich mit ihm abgefunden hat, eine reale Chance für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen auf allen relevanten Gebieten.<sup>135</sup> Die Entwicklung des russisch-polnischen Verhältnisses nach dem NATO-Beitritt Polens hat überzeugend bewiesen, daß eine solche Entscheidung positive Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der gesamten Region haben kann.

## Rumänien, die Republik Moldau und die NATO

Gerade die Fernwirkungen eines Beitritts sind wichtig, wenn man die – parallel zum Torpedieren des NATO-Beitritts unternommenen – Versuche Moskaus in Betracht zieht, das in den Beziehungen zwischen Rumänien und der benachbarten Republik Moldau angelegte indirekte Störpotential des rumänischen NATO-Beitritts zu instrumentalisieren.

Die Beziehungen zur ehemaligen moldauischen Sowjetrepublik, die sich 1991 für unabhängig erklärte, stellen das heikelste Nachbarschaftsproblem Rumäniens dar.<sup>136</sup> Bukarest wurde lange Zeit unterstellt, gegenüber der Republik Moldau eine revisionistische Politik zu verfolgen – und dies, obwohl Rumänien im September 1991 als weltweit erstes Land die Unabhängigkeit der Republik Moldau anerkannte. Rumänische Unterstützung wurde der Nachbarrepublik auch bei ihrer Aufnahme in den Stabilitätspakt für Südosteuropa und in die Welthandelsorganisation zuteil. Keine rumänische Regierung hat jemals Ansprüche auf moldauisches Territorium angemeldet, die Verfassung enthält kein Wiedervereinigungsgebot.<sup>137</sup> Es besteht auch nicht die Gefahr, daß Rumänien in dem

**129** Siehe hierzu: László Poti/Kathrin Sitzler, Ungarns Nachbarschafts- und Ostpolitik, 1989–1999, in: Klaus Ziemer (Hg.), Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989, Marburg 2001, S. 149.

**130** Siehe auch: Anneli Ute Gabanyi, Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation, München 1998, S. 182–188.

**131** In der Presse war von einem sogenannten Non-Paper dieses Inhalts die Rede. Siehe Bogdan Chiriac, Oferta rusească [Das russische Angebot], in: Adevărul, 26.3.1998.

**132** Siehe hierzu das Interview von Außenminister Mircea Geoană in der Zeitschrift: 22 (Bukarest), (22.–28.1.2002) 4.

**133** Ronald D. Asmus und F. Stephen Larrabee, Wird die NATO durch die Erweiterung nach Osten ein kraftloser Riese?, in: Die Welt, 1.12.1996. Siehe auch: Terry Swartzberg, Next Up for NATO, in: International Herald Tribune, 28.10.1997.

**134** Emil Hurezeanu, Codicilul de atârnaire [Der Abhängigkeitszusatz], in: Curentul (Bukarest), 16.3.1998; Vasile Şandru, Interesele de securitate ale Moscovei în viziunea analiştilor ruşi [Die Sicherheitsinteressen Moskaus aus der Sicht russischer Wissenschaftler], in: Curentul (Bukarest), 22.5.1998.

**135** I. M. Ioniţă, Nu avem dreptul să nu valorificăm posibilităţile de colaborare cu Rusia [Wir haben nicht das Recht, die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Rußland zu ignorieren], in: Adevărul, 22.10.2001.

**136** Siehe auch: Justin Keay, Anti-Terror Fight Draws Romania into Western Security Structures, in: Jane's Intelligence Review, 14 (Januar 2002) 1, S. 23–25.

**137** Siehe hierzu: Anneli Ute Gabanyi, Die Moldaurepublik zwischen Wende und Rückwendung, in: Südosteuropa, 42 (1993) 3–4, S. 163–207, und dies., Die Moldaurepublik zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hg.), Die Außenpolitik der neuen Republiken im östlichen Europa. Rußland und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Europa, Bonn 1994, S. 131–156.



Fall seinen »Landsleuten« (co-ethnics) in der Republik Moldau zu Hilfe eilen könnte, daß diese zu einem »failed state« werden würde. Nicht zuletzt wird darüber spekuliert, daß ein stärkeres Engagement Rumäniens in der Republik Moldau angesichts des mit russischer Unterstützung am Leben gehaltenen Konflikts um die abtrünnige Provinz Transnistrien zu einer Belastung der rumänisch-russischen Beziehungen werden könnte.<sup>138</sup>

Exakt zu dem Zeitpunkt, als sich nach dem 11. September die Chancen für eine »robuste« NATO-Erweiterungslösung unter Einschluß Rumäniens abzuzeichnen begannen, brach die moldauische Regierung einen Streit mit Rumänien vom Zaun. Der moldauische Justizminister Ion Morei bezichtigte Rumänien in einer Rede vor dem Europarat in Straßburg des »Expansionismus«, Staatspräsident Wladimir Woronin, dessen kommunistische Partei 2001 die Parlamentswahlen gewonnen und die Republik Moldau außenpolitisch eng an Rußland herangeführt hatte, warf der rumänischen Staatsführung vor, Protestdemonstrationen in der moldauischen Hauptstadt angezettelt zu haben. Der rumänische Militärattaché wurde ausgewiesen. An dieser Stelle trat die russische Staatsduma auf den Plan: Einstimmig verabschiedete sie am 22. Februar 2002 eine Erklärung, worin sie die rumänische Führung der Einmischung in die inneren Angelegenheit, der Mißachtung souveräner Rechte und der versuchten Destabilisierung der Lage in der Republik Moldau beschuldigte. Dies war ganz offensichtlich ein Versuch, die NATO-Aufnahme Rumäniens auf indirektem Wege – über eine Verwicklung in die Konfliktsituation in der Republik Moldau – zu torpedieren und den Eindruck zu vermitteln, daß Rumänien »ein europäisches Sicherheitsproblem« darstelle und »schwere, unlösbare Probleme mit einem seiner Nachbarstaaten habe, die es durch seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates selbst verursacht habe.«<sup>139</sup>

Tatsächlich kam das Thema der Republik Moldau bei Gesprächen mit NATO-Vertretern dann auch zur Sprache. Am Ende wurde der rumänischen Regierung,

**138** Szayna, *Nato Enlargement 2000–2015*, S. 79.

**139** So in der Erklärung vom 22.2.2002, zit. in: Interfax, 22.2.2002. Siehe hierzu auch: Ilie Şerbănescu, *Drumul spre NATO continuă să treacă prin Est?* [Führt der Weg in die NATO immer noch über den Osten?], in der Zeitschrift: 22 (Bukarest), (2.–8.4.2002) 14, und Bogdan Chiriac, *Basarabia – o problemă mai grea decât Tezaurul* [Bessarabien – ein schwierigeres Problem als das des Staatsschatzes], in: Adevărul, 23.2.2002.

die sich von den Angriffen Rußlands und Moldaus nicht provozieren ließ, bescheinigt, sich in diesem Konflikt »sehr verantwortungsvoll« verhalten zu haben.<sup>140</sup>

## Rumänien, Ungarn und die NATO

Im Falle Rumäniens könnte das neue NATO-Mitglied Ungarn versucht sein, im Zuge des Ratifizierungsprozesses Druck auf den Nachbarstaat auszuüben. Kommt es zu einer Auseinandersetzung, hat der Kandidatenstaat (und nicht das neue Mitglied) nachzuweisen, daß er an ihrem Ausbruch unschuldig ist. Als Beitrittskandidat muß Rumänien jeden Eindruck vermeiden, es könnte Minderheiten- und Nachbarschaftskonflikte in das Bündnis »importieren«. In ihrem 1996 abgeschlossenen Grundlagenvertrag hatten sich Rumänien und Ungarn gegenseitig Unterstützung bei ihren Bestrebungen um Integration in NATO und EU zugesichert. Darüber hinaus sicherte Ungarn gemeinsam mit den beiden anderen neuen NATO-Mitgliedern den Kandidatenstaaten auf dem Washingtoner Gipfel im März 1999 ihre Unterstützung für den Beitritt zu.<sup>141</sup>

Seit Jahren hatten jedoch rumänische Regierungsvertreter darauf hingewiesen, daß für Rumänien die NATO-Aufnahme Ungarns ein sicherheitspolitisches Defizit mit sich bringen könnte. Der im Verlauf des Jahres 2001 ausgetragene ungarisch-rumänische Disput um das ungarische »Statusgesetz« hat Staatspräsident Ion Iliescu in seiner Meinung bestätigt, daß die Aufnahme nur eines der beiden Nachbarstaaten in die NATO ein Fehler war, weil dadurch ein zusätzliches Spannungsmoment in der Region geschaffen worden sei.<sup>142</sup> Tatsächlich hatten Vertreter der ungarischen Regierung im Verlauf dieser Debatte gewarnt, Ungarn könne seine Unterstützung für den NATO- und

**140** Interview mit dem Botschafter der USA in Rumänien, Michael Guest, in: Adevărul, 4.4.2002.

**141** Ruxandra Negrea, *Vecini cu NATO* [Nachbarn der NATO], in: Adevărul, 15.3.1999.

**142** Siehe hierzu: B(ogdan) C(hiriac), *Ungaria cere socoteală României în legătură cu declarațiile președintelui Iliescu* [Ungarn fordert Rechenschaft bezüglich der Erklärungen des Präsidenten], in: Adevărul, 22.9.2001, und Silviu Achim, *Petre Roman: Statutul maghiarilor, o lege în contradicție cu spiritul european* [Petre Roman: Der Status der Ungarn, ein Gesetz im Widerspruch zum europäischen Geist], in: Adevărul, 18.8.2001.

EU-Beitritt Rumäniens vom Verhalten Bukarests in der Statusfrage abhängig machen.<sup>143</sup>

Innenpolitisch wollte Bukarest weder anti-ungarischen Ressentiments Auftrieb geben noch das gute Verhältnis der regierenden Sozialdemokratischen Partei zum Demokratischen Verband der Ungarn Rumäniens belasten, das für die Stabilität der sozialdemokratischen Minderheitsregierung von entscheidender Bedeutung ist. Es gelang der rumänischen Regierung, diesen Konflikt durch Verlagerung der Entscheidungsfindung auf die Ebene des Europarats zu entschärfen.<sup>144</sup> Die definitive Einbindung beider Staaten in die euro-atlantischen Strukturen dürfte mit Sicherheit zu einer nachhaltigen Verbesserung der gegenseitigen politischen Beziehungen führen.<sup>145</sup>

## Rumänien, Bulgarien und die NATO

Das Verhältnis zwischen Rumänien und Bulgarien, die beide trotz ihrer Unterstützung für die NATO während der Kosovo-Krise und im Kampf gegen den Terrorismus lange Zeit um ihren NATO-Beitritt fürchten mußten, war zeitweilig von Spannungen geprägt. Der Vorschlag des rumänischen Premierministers Adrian Năstase an Sofia, angesichts der gleichen außenpolitischen Ziele »im Tandem« zusammenzuarbeiten, wurde anfangs von der bulgarischen Führung zurückgewiesen. Ungarns Botschafter in Sofia warnte Bulgarien öffentlich vor einer solchen Zusammenarbeit, und die stellvertretende bulgarische Außenministerin Melena Kuneva betonte, Bulgarien setze auf den Alleingang jedes einzelnen Bewerberlandes.<sup>146</sup> Erst der Rumänienbesuch des bulgarischen Ministerpräsidenten Simeon Saksoburggotski, der nicht nur mit dem rumänischen Staatspräsidenten, sondern auch mit dem ehemaligen rumänischen König Mihai I. zusammen-

traf, führte dazu, daß Bulgarien einer Politik der partnerschaftlichen Solidarität der NATO-Kandidatenländer seine Unterstützung zusagte.<sup>147</sup> Derzeit ist Rumänien dem Nachbarland bei der Vernichtung der sowjetischen SS-23-Raketen behilflich, die elf Jahre nach dem Zerfall des Warschauer Pakts noch immer auf bulgarischem Territorium lagern, vor dem Prager NATO-Gipfel aber entsorgt werden müssen.<sup>148</sup>

**143** Status der Auslandsungarn gegen NATO-Unterstützung?, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 4.5.2001; Jeder Staat soll seine Minderheiten schützen, ebd., 31.10.2001.

**144** William Pfaff, International Herald Tribune, zitiert in: Adevărul, 20.3.2002.

**145** Analog zum rumänisch-ungarischen Verhältnis stellt Thomas S. Szayna eine ähnlich positive Prognose für das künftige Verhältnis zwischen Ungarn und der Slowakei: »Die slowakisch-ungarischen Beziehungen werden sich wahrscheinlich als Folge der Tatsache, daß beide Staaten in die NATO integriert sind, verbessern« (Szayna, Nato Enlargement 2000–2015, S. 79).

**146** Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 16. und 22.8.2001.

**147** Rumänien und Bulgarien für gemeinsamen NATO-Beitritt, in: Neue Zürcher Zeitung, 11.3.2002; Parteneriat româno-bulgar în cursa pentru integrare [Rumänisch-bulgarische Partnerschaft im Rennen um Integration], in: Adevărul, 11.3.2002.

**148** Vernichtung der SS-23 ist Schlüssel zur NATO, in: Bulgarisches Wirtschaftsblatt (Sofia), 8 (August 2002), und: Rache-tele bulgare vor fi anihilate în România [Die bulgarischen Raketen werden in Rumänien vernichtet], in: Adevărul, 14.8.2002.

## Schlußfolgerungen

Die baldige NATO-Mitgliedschaft aller sieben Kandidatenstaaten würde Demokratie und Stabilität in Europa stärken. Insbesondere in Südosteuropa, wo nach dem Wendejahr 1989 schwere Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen Interventionen mit militärischen Mitteln – auch der NATO – zur Folge hatten, können die durch eine baldige Mitgliedschaft erzielten Stabilisierungseffekte in Rumänien und Bulgarien auf benachbarte Staaten ausstrahlen.

Die Bemühungen um eine beschleunigte Umsetzung gesamtgesellschaftlicher Reformen würden zweifellos Auftrieb erhalten. Wie im Falle der drei neuen NATO-Staaten würde sich die um Rumänien erweiterte Integrationsregion zu einem Investitionsraum für westliche Direktanleger entwickeln: »NATO enlargement has stabilised the economic environment in the new member states and created opportunities for European and US companies. South-East Europe is ripe for the same NATO-driven growth, which could help all nations of the often war-ravaged region, including the Balkans.«<sup>149</sup> Als Folge einer wirtschaftlichen Stabilisierung könnte durch einen stufenweisen Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen Rumänien und dem Westen Europas im Endeffekt auch der Migrationsdruck gedämpft werden.

Die Mitgliedschaft in der NATO würde auch und gerade in Rumänien, wo die Bevölkerung sowohl vor als auch nach der Wende besonders schweren Belastungen ausgesetzt war, innergesellschaftliche und soziale Spannungen abbauen helfen. Von einem solchen Schritt erwarten die Menschen dort auch international mehr politische Respektabilität und wirtschaftliche Attraktivität, einen Modernisierungsschub und eine Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit.

Der Zusammenhalt der NATO – das hat der Vorlauf zur zweiten Runde der NATO-Osterweiterung gezeigt – wird durch die Entscheidung über den zweiten Erwei-

<sup>149</sup> Mark *Brezinski*/Tom *Walls*, NATO's Southern Dimension, in: *The Financial Times*, 26.3.2002. Siehe auch: Gary *Guertner*, Bush, Putin și geopolitica lărgirii NATO [Bush, Putin und die Geopolitik der NATO-Erweiterung], in: *Securitate și Cooperare* (Bukarest), 2 (2002) 1, S. 3; Daniel *Daianu*, Is Romania Turning the Corner?, in: *The Stockholm Report on Transition*, 12 (25.5.2002) 1, S. 8.

terungsschritt nach Osten weniger belastet als durch die erste Aufnahmerunde. Zur Zeit besteht eher die Gefahr, daß sich Spannungen zwischen den zugleich in der EU organisierten europäischen NATO-Partnern und den USA negativ auf den Erweiterungsprozeß auswirken.<sup>150</sup> Rumänien ist davon in zwei Fällen direkt betroffen – in der Frage der Adoption von Heimkindern und im Streit um den Internationalen Strafgerichtshof (ICC). Im Falle der Heimkinder hatte die rumänische Regierung auf Druck der Europäischen Kommission unter Hinweis auf seinen angestrebten EU-Beitritt alle internationalen Adoptionen beginnend mit dem 1. Oktober 2001 für ein Jahr ausgesetzt. Daraufhin hatten Vertreter der USA erklärt, das von der EU verordnete Adoptionsverbot könnte Rumäniens NATO-Beitritt gefährden.<sup>151</sup> Als weltweit erster Staat hat Rumänien ein bilaterales Abkommen mit den USA unterzeichnet, das Amerikaner, die sich in Rumänien aufhalten, vor ICC-Prozessen schützen soll. Das führte wiederum zu kritischen Reaktionen seitens der EU, die Rumänien in dieser Frage mangelnde Abstimmung mit den europäischen Gremien vorwarf.<sup>152</sup>

Beitrittsprozeß einschließlich Ratifizierungsprozedur sollten gleichzeitig mit allen Beitrittsstaaten abgeschlossen werden. Staaten, deren Politik darauf abzielt, den NATO-Beitritt des einen oder anderen Beitrittskandidaten zu torpedieren, hätten dafür künftig keinen Ansatzpunkt mehr.<sup>153</sup> Es sollte vermieden werden, daß Ratifizierungsverfahren genutzt werden,

<sup>150</sup> Siehe hierzu; Ilya *Prizel*, NATO after September 11: New Purpose or Accelerated Atrophy?, Washington: EES, Januar 2002 (East European Studies, EES Meeting Report Nr. 243), <<http://wwics.si.edu/ees/reports/2002/243pri.htm>>.

<sup>151</sup> Phelim *McAleer*/Brendan *Hightower*, Romania's Unwanted Babies Threaten Its NATO Bid, in: *Financial Times*, 5.4.2002; Eugen *Tomiuc*, Romania: Adoption Issue May Cloud NATO Plans, in: *RFE/RL*, 15.4.2002, <<http://www.rfel.org/nca/features/2001/04/150422200210244355.asp>>.

<sup>152</sup> Herbert *Winkler*, EU und USA im Streit um Strafgerichtshof erneut auf Kollisionskurs, in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 15.8.2002.

<sup>153</sup> Lars B. *Wallin*, NATO Enlargement in the Baltic Sea Area – Possible Consequences for Sweden, The TESLA Group, Swedish Defence Research Agency, 4.6.2002, S. 6: »It also means that any state or interest group intent on preventing the one or other candidate from achieving membership might have, however small, a chance of blocking the process...«

um tradierte Rivalitäten und Konflikte mit Beitrittskandidaten quasi mit anderen Mitteln fortzuführen.<sup>154</sup> Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, auf dem Prager Gipfeltreffen bereits einen genauen und möglichst baldigen Termin für den nächsten NATO-Gipfel festzulegen. Durch Begrenzung des Spielraums, den die Außenminister des Bündnisses in Reykjavik für die Dauer der nationalen Ratifizierungsprozesse festgelegt haben, würde der Beitritt der voraussichtlich sieben Staaten zu einem berechenbaren, transparenten und hoffentlich konfliktfreien Vorgang.

## Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLACKSEAFOR	Black Sea Naval Cooperation Task Group
CEPS	Centre for European Policy Studies
CSAT	Consiliul Suprem de Apărare a Țării (Oberster Rat für Landesverteidigung)
EU	Europäische Union
EUCOM	United States European Command
ICC	International Criminal Court
ISAF	International Security Assistance Force
IWF	Internationaler Währungsfonds
KFOR	Kosovo Force
KSE	(Verhandlungen über) Konventionelle Streitkräfte in Europa
MAP	Membership Action Plan
MPFSEE	Multinational Peace Force in South-Eastern Europe
NGO	Non-Governmental Organization
OSCE	Organization for Security and Cooperation in Europe
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PBES	Programming, Budgeting and Evaluation System
PfP	Partnership for Peace
PPBES	Planning, Programming, Budgeting and Evaluation System
PSYOP	Psychological Operations
RFE/RL	Radio Free Europe/Radio Liberty
RUSI	Royal United Services Institute for Defence Studies
SECI	Southeast European Cooperation Initiative
SEEBRIG	South Eastern Europe Brigade
SFOR	Stabilization Force
SHIRBRIG	Stand-By High Readiness Brigade
UNAMIR	United Nations Assistance Mission for Rwanda
UNAVEM	United Nations Angola Verification Mission
UNIKOM	United Nations Iraq-Kuwait Observation Mission
UNOSOM	United Nations Operation in Somalia

**154** Stephan *Martens*, *L'Allemagne et l'est européen. Le défi d'une configuration intégrative de l'Europe*, in: *Revue d'études comparatives Est-Ouest*, 32 (2001) 3, S. 37: »Cependant, le processus d'élargissement de l'OTAN et de l'UE peut aboutir à des conflits entre les candidats de la première vague et les exclus...«.